

Politische Berichte

Zeitschrift für linke Politik



Kölner kämpfen um die öffentlichen Sportbäder

- *Wahl in Berlin: Piraten legen neues Schiff auf Kiel – S. 4*
- *Papst in Deutschland: Eine Nachbetrachtung von außen – S. 6*
- *Der Kampf um die öffentlichen Sportbäder in Köln– S. 12*
- *Verdi-Bundeskongress ohne grosse Kontroversen – S. 15*
- *„Din wa daula“ – Religion und Politik in der islamischen Theologie II – S. 18*

Ausgabe Nr. 10 am 7. Oktober 2011, Preis 4,00 Euro

Gegründet 1980 als Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten unter der Widmung
„Proletarier aller Länder vereinigt Euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt Euch“.
Fortgeführt vom Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation

Politische Berichte

ZEITUNG FÜR LINKE POLITIK
– ERSCHEINT ZWÖLFMAL IM JAHR

Herausgegeben vom Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation, Venloer Str. 440, 50825 Köln. Herausgeber: Barbara Burkhardt, Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Emil Hruška, Claus-Udo Monica, Christiane Schneider, Brigitte Wolf.

Verantwortliche Redakteure und Redaktionsanschriften:

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft; Auslandsberichterstattung: Rüdiger Lötzer, Postfach 210112, 10501 Berlin, E-Mail: gnn-berlin@onlinehome.de – Alfred Küstler, GNN-Verlag, Postfach 60 02 30, 70302 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 07 11 / 62 15 32. E-Mail: stuttgart@gnn-verlage.com

Regionales / Gewerkschaftliches: Thorsten Jannoff, Tel. 0209/81 53 43 oder 0178/2 87 75 71, E-Mail: t.jannoff@web.de

Diskussion / Dokumentation: Martin Fochler, GNN Verlag, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart, Tel. 07 11/62 47 01, Fax: 07 11 / 62 15 32, E-Mail: pb@gnn-verlage.de

In & bei der Linken: Jörg Detjen, GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, Venloer Str. 440, 50825 Köln, Tel. 0221/211658, Fax: 0221/215373. E-Mail: gnn-koeln@netcologne.de
Letzte Seite: Alfred Küstler, Anschrift Aktuelles.

Die Mitteilungen der „Bundesarbeitsgemeinschaft der Partei Die Linke Konkrete Demokratie – Soziale Befreiung“ werden in den Politischen Berichten veröffentlicht.

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, Venloer Str. 440, 50825 Köln und GNN Verlag Süd GmbH, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 07 11 / 62 15 32. E-Mail: stuttgart@gnn-verlage.com

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 4,00 €. Ein Halbjahresabonnement kostet 29,90 € (Förderabo 42,90 €), ein Jahresabo kostet 59,80 € (Förderabo 85,80 €). Sozialabo: 46,80 €. Ausland: +6,50 € Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck und Vertrieb: GNN Verlag Süd GmbH Stuttgart

Politische Berichte

– zum Abonnieren – zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich Stück pro Ausgabe der PB

o 1 Ausgaben für 5 € (beilegen) zum Kennenlernen

o Halb- o Jahresabo (29,90 / 59,80 € je Einzelabo)

o Halb- o Jahres-Förderabo (42,90 / 85,80 €)

o Halb- o Jahres-Sozialabo (23,40 / 46,80 €)

o Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Kto-Nr.

BLZ:

Bank:

Unterschrift:

Einsenden an: GNN-Verlag, Postfach 600230, 70302 Stuttgart

22 Jahre Einheit – 17 Prozent Lohnunterschied

WSI-Mitteilung, 30.9. rül. Trotz einer weitgehenden Angleichung bei den Tariflöhnen verdienen Arbeitnehmer in Ostdeutschland im Schnitt noch immer 17 Prozent weniger als ihre Kollegen im Westen. Das sei die Folge der weit aus geringeren Tarifbindung in den fünf neuen Ländern, erklärt der Tarifexperte der Hans-Böckler-Stiftung, Reinhard Bispinck. Weil viele Arbeitnehmer dort nicht nach den geltenden Tarifverträgen beschäftigt würden und effektiv weniger verdienten, sei der Standard insgesamt niedriger. In den ostdeutschen Ländern hätten Tarifverträge oft nur eine „unverbindliche Orientierungsfunktion“, keine konkrete Bindungskraft. Der Experte der DGB-Stiftung fordert eine Belebung des Tarifvertragssystems. Nur wenn Tarifverträge in mehr Firmen und Branchen gälten, bestehe eine „echte Chance“, die Einkommensunterschiede zwischen Ost und West zu überwinden. „Das ist zweifellos eine Aufgabe, der sich in erster Linie die Tarifvertragsparteien stellen müssen“, betont Bispinck. „Aber es bleibt auch eine Herausforderung der Politik.“ Allgemeine oder auch branchenspezifische Mindestlöhne könnten dafür etwa eine Grundlage schaffen. Nach den Berechnungen der Hans-Böckler-Stiftung haben sich die Tariflöhne zwischen Ost und West inzwischen weitgehend angeglichen. Die tariflichen Grundvergütungen in den neuen Ländern beliefen sich Ende 2010 auf rund 96 Prozent der in den alten gezahlten. 1991 nach der Wiedervereinigung waren es demnach lediglich 60 Prozent. Da der Einkommensrückstand bei den ostdeutschen Beschäftigten ohne Tarifvertrag aber größer sei, ergebe sich im Zusammenhang mit der generell niedrigeren Tarifbindung ein effektiver Bruttolohnrückstand von 17 Prozent.

DGB-Wirtschaftsinstitut kritisiert Steuersenkungspolitik

IMK-Pressemitteilung, 8.9. rül. 51 Milliarden Euro – so viel würden Bund, Länder und Gemeinden 2011 mehr an Steuern einnehmen, wenn noch die Steuergesetze von 1998 gälten. Das hat der IMK-Steuerexperte Achim Truger ermittelt. Das IMK ist das Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) in der Hans-Böckler-Stiftung des Deutschen Gewerkschaftsbundes. „Rein rechnerisch hätte die Bundesrepublik damit aktuell kein Budgetdefizit, sondern einen Überschuss – wenn der Staat nicht in der vergangenen Dekade auf

hohe Einnahmen verzichtet hätte“, sagt der Wissenschaftler. Vor allem die rot-grüne Einkommensteuerreform mit deutlicher Senkung der Spitzensteuersätze hat durchgeschlagen, zeigen Trugers Daten. So sehr, dass die Steuereinnahmen selbst 2007, nach Anhebung der Mehrwertsteuer, um rund 20 Milliarden Euro unter dem Niveau bei Gültigkeit der Steuergesetze von 1998 blieben. Die für Kapitaleigner günstige Abgeltungsteuer, die Unternehmenssteuersenkung und die Entlastungen, welche die große und dann die schwarz-gelbe Koalition in der Krise beschlossen, haben den Abstand noch vergrößert. Zu einem großen Teil kamen die Steuersenkungen wohlhabenderen Haushalten zugute. Das Wachstum konnten sie wegen gleichzeitiger drastischer Ausgabenkürzungen nicht stimulieren. Unter dem Strich blieb daher ein deutliches Minus für den Staat. Das war kein Einzelfall, betont Truger. Die Hoffnungen auf eine weitgehende Selbstfinanzierung von Steuersenkungen über Wachstumsimpulse seien im In- wie Ausland regelmäßig enttäuscht worden.

Menschenrechtsdelegation berichtet aus der Türkei

www.nadir.org/nadir/initiativ/isku. Britta Eder, Rechtsanwältin aus Hamburg, Gül Güzel, Journalistin aus Stuttgart, und Martin Dolzer, Soziologe und Mitarbeiter der MdB Heidrun Dittrich, Die Linke, sind seit Anfang September auf einer Rundreise durch die Türkei. Hier Auszüge aus ihrem Zwischenbericht.

Die Zahlen: Im Zeitraum rund um unsere Menschenrechtsdelegation, 21 Tage im September 2011, ereignete sich Folgendes: Acht ZivilistInnen wurden von türkischen Soldaten und Polizisten ermordet. In Hakkari/Semdinli und Batman schossen türkische Soldaten und Polizisten in der gesamten Stadt als Racheakt für Guerillaaktionen mit scharfer Munition und Granaten um sich. Ein festgenommener Guerilla wurde dabei in Batman von Polizisten extralegal hingerichtet. 900 Personen aus dem Umfeld der BDP und aus der menschenrechtlichen sowie der journalistischen Arbeit wurden festgenommen. Ununterbrochen wurden völkerrechtswidrige Ziele im Nordirak durch die türkische Armee bombardiert. Regierungschef Erdogan kündigte mehrfach an, dass die Zeit des Dialogs mit der kurdischen Seite beendet sei.

Istanbul: Seit der Wiederwahl der AKP Regierung im Juni 2011 hat sich die Stimmung in der Türkei und in den kurdischen Provinzen des Landes negativ verändert. In Istanbul erzäh-

Politische Berichte im Internet: www.politische-berichte.de

len uns Menschen von einem rabi-
aten Gentrifizierungsprogramm in den
Stadtteilen rund um den Taksimplatz.
Die kurdische Bevölkerung sowie Sinti
und Roma werden hier seit gut drei
Jahren systematisch vertrieben. Ma-
fiaähnliche Methoden sind dabei an
der Tagesordnung. Baulöwen schicken
Schlägertrupps, die Menschen bedro-
hen, wenn sie sich weigern ohne oder
gegen geringe Entschädigung ihre
Wohnungen zu verlassen. Das Recht,
nach der Sanierung zurückzukehren,
erhalten die Betroffenen nicht.

Van: In der Metropole Van hat sich die
Atmosphäre seit den Parlamentswah-
len deutlich verändert. Auf den Straßen
ist eine ruhige, sehr vorsichtige und an-
gespannte Stimmung wahrzunehmen.
Am 28. August 2011 wurde der Stadtrat
von Van, Yildirim Ayhan (BDP), von
Soldaten ermordet. Er hatte an einer
Friedenskundgebung der hauptsäch-
lich von den Friedensmüttern getra-
genen „Lebenden Schutzschilde“ in
Hakkari/Cukurca teilgenommen. Wir
konnten mit 17 AugenzeugInnen spre-
chen. Sämtlich wird das gleiche Sze-
nario beschrieben: Soldaten schossen
im Verlauf der Kundgebung der Le-
benden Schutzschilde gezielt mit Trä-
nengasgranaten und scharfer Munition
auf die friedlich in einer Sitzblockade
verharrenden Kundgebungsteilneh-
merInnen. Sie zielten auf eine Gruppe,
in der sich die Parlamentarierin der
BDP Aysel Tugluk und mehrere Mit-
glieder der Kommunalverwaltung der
BDP befanden. Eines der unzähligen
Geschosse traf Yildirim Ayhan in der
Brust und durchbohrte ihn bis zur Wir-
belsäule. Nach wenigen Minuten starb
er an seinen Verletzungen.

*Eine weitere Festnahmewelle – 900
Verhaftungen in einem Monat:* Insgesamt
wurden im Zeitraum unserer De-
legation 900 Menschen, hauptsächlich
aus den Reihen der BDP, der Menschen-
rechtsarbeit und JournalistInnen in
den kurdischen Provinzen der Türkei,
in Istanbul und Izmir festgenommen.
Darunter auch die Bürgermeister von
Sirnak, Silope und Idil, der Vizebür-
germeister von Semdinli, Stadträte
und BDP Vorsitzende aus Semdinli,
Van, Istanbul, Adana, Batman, Diyar-
bakir und vielen weiteren Städten. Bei
unserer Ankunft in Van erzählte uns
ein BDP-Mitglied: „Jeder der zurzeit
die Wahrheit über die Verhältnisse öf-
fentlich macht wird festgenommen.“
Diese Feststellung entspricht der Re-
alität.

Catak und Görentas: Ab dem 15.9.
haben wir uns mit einer internatio-
nalen Delegation zur Aufklärung von
Kriegsverbrechen und des Todes von
Ronahi/Andrea Wolf und der Anklage
der Täter in der Türkei vereint. Am
16.9. fuhren 70 MenschenrechtlerInnen
und PolitikerInnen aus der Schweiz, El
Salvador, Deutschland, der Türkei und

Kurdistan in Richtung des Sammel-
grabes in dem Ronahi (Andrea Wolf)
und ca. 40 weitere 1998 vom türki-
schen Militär gefolterte und ermordete
Guerillas liegen. Unter den Teilneh-
merInnen der Delegation befanden sich
Familienangehörige der Ermordeten.
Im Vorfeld wurde in Zusammenarbeit
mit dem Menschenrechtsverein IHD
Van bei den türkischen Behörden er-
wirkt, dass die Delegation das Sam-
melgrab in der Nähe Stadt Catak ohne
behördliche, polizeiliche oder militä-
rische Repression erreichen und dort
eine Kundgebung abhalten könne. An-
schließend sollte eine erneute Anzeige
beim Staatsanwalt in Catak gestellt
werden.

Bereits am 15.9. hatte der Gouverneur
von Van diese Zusage zurückgezogen,
weil angeblich die Sicherheit der De-
legation nicht gewährleistet werden
könne und Militäroperationen statt-
finden würden. Am 16.9. stoppte uns an
einem Kontrollpunkt kurz nach Catak
schwer bewaffnetes Militär. Wir pro-
testierten auf schärfste gegen die poli-
tisch motivierte Verhinderungspolitik,
platzierten Plakate und Bilder von den
Ermordeten an Häusern und Sperren
am Kontrollpunkt und machten eine
Sitzblockade. Die Bundestagsabge-
ordneten Andrej Hunko und Nicole
Gohlke (beide Die Linke) intervenier-
ten beim Auswärtigen Amt und der
deutschen Botschaft, der Schweizer
Menschenrechtler Oskar Schmidt bei
der Schweizer Botschaft. Es wurden
Protestnoten bei der türkischen Regie-
rung veranlasst. Diese blieben jedoch
erfolglos.

Nato in Libyen: „So lange wie erfor- derlich“ ... „so bald wie möglich“

www.nato.int 6.10, FAZ, 3.10. maf. Die
Nato-Verteidigungsminister bekräf-
tigten bei ihrem jüngsten Treffen in
Brüssel, dass der Einsatz in Libyen
„so lange wie erforderlich“ fortgeführt
und „sobald wie möglich“ abgebrochen
würde. Nach den immer spärlicheren
Nachrichten der Presse ist es trotz fort-
gesetzter Nato-Unterstützung nicht
gelingen, die Kämpfe in Sirte zu be-
enden. Der Übergangsrat informiert
die Weltöffentlichkeit, über Fehlbe-
stände in den von ihm übernommenen
Waffenmagazinen, vor allem fehlen
sog. „Fliegerfäuste“, das sind Rake-
ten, die mit einem Gesamtgewicht von
17 kg von Einzelpersonen von Boden
aus auf bis zu 6000 Meter entfernte
Flugzeuge gerichtet werden und über
einen Infrarotsensor ins Ziel finden.
Das Gerät eignet sich für den Einsatz
im asymmetrischen Anschlagskrieg.
Laut der von Nato-Stellen weiterver-
breiteten Nachricht ist der Verbleib von
ca. 5 000 Systemeinheiten unklar, die
Nato bedauert, nichts genaues sagen zu
können, da man „nur aus der Luft be-
-



obachten“ könne. Aus der Platzierung
dieser Nachricht ergibt sich zusammen
mit dem Ministerstatement „so lan-
ge wie erforderlich“ und der Tatsache
fortdauernder Kämpfe, eine Tendenz
zum Funktionswandel der eingesetz-
ten Nato-Kräfte. Sie machen sich be-
reit, an der Seite des Übergangsrats
auf Posten zu ziehen. Der internatio-
nal anerkannte Übergangsrat befin-
det sich einstweilen in fortdauernden
Umbesetzungen. Der bisherige Verlauf
dürfte dazu geführt haben, dass China
und Russland ein ähnliches Vorgehen
gegen Syrien wie gegen Libyen im UN-
Sicherheitsrat geblockt haben.

Die Taube auf dem Dach

Der Sicherheitsrat der Vereinten Na-
tionen hat sich letzte Woche mit dem
Antrag der palästinensischen Autono-
miebehörde auf Vollmitgliedschaft in
den Vereinten Nationen befasst. Der
Antrag wurde zur juristischen Prü-
fung weitergeleitet. Die Vereinigten
Staaten hatten vorher keinen Zweifel
gelassen, dass sie sich einer Annahme
des Antrags per Veto entgegenstellen
würden. Nach Presseberichten kann
sich die „Prüfung“ lange, die Rede ist
sogar von „Jahren“, hinziehen.

Aus den Reihen der Westmächte hatte
es, namentlich von Frankreich aus, den
Vorschlag an die palästinensische Seite
gegeben, nicht eine Anerkennung als
Vollmitglied, sondern als „beobachten-
der Nichtmitgliedstaat“ anzustreben,
die durch eine Zweidrittelmehrheit der
Vollversammlung zugesprochen wer-
den kann.

Die Deutsche Gesellschaft für die
Vereinten Nationen e.V. schreibt über
die Folgen einer solchen Statusverbes-
serung: „Sollte die UN-Generalver-
sammlung den Status Palästinas von
einem nicht näher definierten Beob-
achter in einen Nichtmitgliedstaat mit
Beobachterstatus bei den Vereinten
Nationen aufwerten, ergeben sich dar-
aus für Palästina neue Klagemöglich-
keiten sowohl beim Internationalen
Gerichtshof (IGH) als auch beim Inter-
nationalen Strafgerichtshof (IStGH).“
(hwww.frieden-sichern.de/1071.html)

Die Argumente, mit denen die pa-
lästinensische Seite diese Möglichkeit
ausgeschlagen hat, sind aufgrund der
schwierigen Quellenlage zurzeit nicht
nachvollziehbar.

Piraten legen neues Schiff auf Kiel

Die größte Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit hat bei den Berlin-Wahlen der Erfolg der Piraten-Partei auf sich gezogen. Die langfristigen Erfahrungen mit den Strukturierungsprozessen des bundesdeutschen Parteiensystems prägen die Rezeption dieses Ereignisses. Es spricht viel dafür, dass dieser Erfolg auch in anderen Bundesländern wiederholbar ist. Sollte sich das bei den anstehenden Wahlen in Schleswig-Holstein zeigen, dann steht eine neue Kraft auf der Bühne. Die PP hat ihre Wählerinnen und Wähler in der jungen Generation gefunden, oft Leute, die sonst Grüne oder Linke gewählt hätten. Die Grünen sind wohl nicht zuletzt deswegen in Berlin deutlich hinter der SPD geblieben, die Linke hat dabei den Anschluss an die jüngere Generation fast verloren.

Im Berliner Abgeordnetenhaus ist jedoch eine faszinierende Situation entstanden. Gegenüber einer eher links zu verortenden Opposition aus Linken und Piraten soll sich eine ebenfalls eher links zu verortende Regierung konstituieren, die nur die denkbar knappe Mehrheit von einer Stimme hat. Eine solche Regierung könnte nur bestehen, wenn sie für Bestrebungen der linken Opposition offen bliebe. Piraten und Linke müssten ihre Kritiken so ausbauen, dass sich daraus Regierungshandeln ableiten lässt. Die Zeitspanne der Faszination ist der Moment. Inzwischen hat die SPD die Verhandlungen mit den Grünen aufgegeben und strebt stattdessen eine Koalition mit der CDU an. Der Streit um die (Nicht)Verlängerung der Stadtautobahn zeigt, wie empfindlich eine Regierung aus SPD und Grünen auf Einwände und Kritiken ökologischer und sozialer Bewegungen hätte reagieren müssen.

Wie sich viele unserer Leserinnen und Leser erinnern werden, kam im Zuge der Parteibildung der Linken vor allem aus der WASG die Meinung ins Spiel, die Beteiligung der Linken an Regierungen, besonders der Landesregierung in Berlin, sei eine Belastung.

Es wird sich zeigen, dass die Linke in Berlin zwar die Regierungsbeteiligung los ist, gleichwohl auf dem Wege donnernder Anklagen nicht vorankommen wird. Tatsächlich stellt sich den Wählerinnen und Wählern nämlich die Frage, wie es kommt, dass ein deutlich nach links verschobenes Wählerverhalten zu einer deutlich nach rechts verschobenen Regierungsbildung führen kann. Dies kann nur geschehen, wenn die von den links wirkenden Parteien formulierten Ziele widersprüchlich, unrealistisch oder sonst wie untauglich sind. Also geht es auch in dieser Konstellation darum, ernstzunehmende Alternativen entwickeln, allerdings mit geringeren Chancen der Realisierung.

Die bisherigen Erfahrungen legen den Schluss nahe, dass sich in der öffentlichen Meinung viel verschieben muss, bis es zur Bildung einer politischen Partei kommen kann. Der näher liegende Weg war immer, dass die neuen Phänomene in den gegebenen Parteien Ausdruck suchen und – mit der Zeit – auch finden. Warum das in der alten BRD der sechziger und siebziger Jahre nicht möglich war, ist bis heute nicht ausgedeutet. Ein gewichtiger Grund lag in der Sprachlosigkeit zwischen der Generation, die den Krieg erlebt hatte, und den Jungen, die den Schrecken nur aus Berichten oder Erzählungen kannten. Die Verstrickung dieser älteren Generation in die Naziverbrechen wirkte verschärfend, durch Erzählungen nicht zu vermitteln ist aber der Hunger, Todesangst ums eigene Leben, die Erfahrung des übermächtigen Staates, das Leiden oder auch die Teilnahme an Willkürherrschaft. Dergleichen schafft Bezüge zwischen denen, die es erleben, und tut kaum zu überbrückenden Abgründe zu den anderen auf. Es entstehen voneinander isolierte Diskurszusammenhänge, die gesellschaftliche Anerkennung und politische Macht suchen. In der alten Bundesrepublik Deutschland erwiesen sich der Umgang mit den Naturressourcen, und, um es ganz neutral

zu formulieren, das Familienrecht, die Beziehung zwischen den Geschlechtern und Generationen, als gesellschaftliche Brennpunkte konkurrierender Strategien.

Die politischen Kommentatoren sind sich übergreifend einig, dass die Entstehung der Piratenpartei mit der prekären Lebenssituation zu tun hat, in der sich große und immer noch wachsende Teile der jungen Generation trotz großer individueller Ausbildungsanstrengungen finden. Zu dieser Meinung, die auch durch Umfrageergebnisse gestützt wird, passt, dass der Zusppruch zu den Piraten aus dem männlichen Teil der Bevölkerung größer ist, für den es zum Berufserfolg keine ausformulierte und kulturell ausgebaute Ausweichmöglichkeit gibt. Unter Rückgriff auf den Werkzeugkasten des Marxismus könnte man von einem Phänomen der (post) industriellen Reservearmee reden, die sich wegen Fragen des Unterhalts und gegebenenfalls Einsatzbedingungen zu Wort meldet und ihre Forderungen notgedrungen an die öffentliche Hand richten muss.

Diskussionen in der Linken rund um das Problem des bedingungslosen Grundeinkommens konnten zu der Folgerung führen, dass ein Ergebnis im Rahmen dieser Partei nicht zu finden sein würde. Ein denkbarer Grund ist, dass diese Problematik nicht mit den Kategorien von Leistung und Gegenleistung behandelt werden kann, die für das bürgerliche Erwerbsleben unverzichtbar sind, auch für das Leben der lohnabhängig Beschäftigten, die sie zur Formulierung und Bemessung berechtigter, rechtlich oder per Arbeitskampf durchzusetzender Ansprüche benötigen. Die PDS, in der im Zuge von Auflösung und Anschluss der DDR ähnliche Erfahrungen der Prekarisierung präsent waren, hätte mit dem Konstrukt der Freiheitsgüter vielleicht noch eine Chance gehabt, diese Problematik angemessen zu behandeln. Die viel mehr am Gewerkschaftlichen orientierte Linke hatte diese Chance

Einige Forderungen der Piratenpartei

Gesellschaftliche Teilhabe: Jeder Mensch hat das Recht auf eine sichere Existenz und gesellschaftliche Teilhabe. Ein Mensch kann nur in Würde leben, wenn für seine Grundbedürfnisse gesorgt und ihm gesellschaftliche Teilhabe möglich ist. In unserer Geldwirtschaft ist dazu ein Einkommen notwendig. Die Piratenpartei setzt sich daher für Lösungen ein, die eine sichere Existenz und gesellschaftliche Teilhabe individuell und bedingungslos garantieren und dabei auch wirtschaftliche Freiheit erhalten und ermöglichen. Wir wollen Armut verhindern, nicht Reichtum.

Open Access: Aus dem Staatshaushalt wird eine Vielzahl

schöpferischer Tätigkeiten finanziert, die als Produkt Urheberrechtlich geschützte Werke hervorbringen. Da diese Werke von der Allgemeinheit finanziert werden, sollten sie auch der Allgemeinheit kostenlos zur Verfügung stehen.

Patentrecht: Wir lehnen Patente auf Lebewesen und Gene, auf Geschäftsideen und auch auf Software einhellig ab, weil sie gemeine Güter ohne Gegenleistung und ohne Not privatisieren und weil sie kein Erfindungspotential im ursprünglichen Sinne besitzen.

Bildung: Jeder Mensch hat das Recht auf freien Zugang zu Information und Bildung. Bildungsgebühren jeglicher Art schränken den Zugang zu Bildung ein und sind deshalb kategorisch abzulehnen.

(www.piratenpartei.de)

nicht. Die Diskurse, aus denen die Piraten hervorgingen, entwickelten sich anderswo weiter.

Es liegt wohl auf der Hand, dass es in der bürgerlichen Gesellschaft außerordentliche Schwierigkeiten bereitet, Leistungen ohne Gegenleistung einzufordern. Nimmt man aber die Situation der „Reservestellung“ als gegeben, so entsteht eine andere Logik. Ökonomisch formuliert ging es darum, die Leistungsfähigkeit der ausgebildeten Arbeitskraft zu erhalten. Da braucht es Unterhalt und auch Gelegenheit zur Betätigung.

Nachdem es der Linken nicht gelungen ist, aus ihrer Kontroverse rund um die Problematik des Grundeinkommens etwas herauszudestillieren, muss die Partei geradezu froh sein, wenn sich nun eine neue Konstellation

bildet, eine Partei dazukommt, in der dieser Fragenkomplex diskutiert und fortentwickelt werden kann. Die Linke hat Antworten auf Probleme, die zur Entstehung der Piratenpartei geführt haben, nicht formulieren können, ist aber mit ihren Diskussionen weit genug gekommen, um mit den Piraten im Gespräch und – wer weiß – im Bündnis zu wirken.

Angesichts der Erfahrungen der sechziger und siebziger Jahre sollte man nicht erwarten, dass es irgendwie gelingen könnte, die neue Partei in die vorher bestehenden zu integrieren. Die Piraten haben ihr eigenes Schiff gebaut, weil sie anderswo nicht anmustern konnten. Immerhin, sie haben gebaut, nicht gekapert. Es wird also so schlimm nicht werden.

Martin Fochler, Alfred Küstler

Die Ergebnisse der Abgeordnetenhauswahl in Berlin am 18. September 2011 – Wahlbericht und erste Analyse von Hoff/Kahrs

Wir dokumentieren aus der umfangreichen Studie von Hoff und Kahrs vor allem die Passagen, die sich mit den Problemen, aber auch Chancen der Linken beschäftigen.

Zusammenfassung des Wahlergebnisses und erste Bewertung

Bei den Erststimmen (Direktmandate) gab es erhebliche Veränderungen, CDU und Grüne errangen Direktmandate hinzu, SPD und Linke verloren. Für die Linke halbierte sich die Zahl der Direktmandate.

Die rot-rote Landesregierung erhielt von den Berlinerinnen und Berliner kein Mandat für eine dritte Legislaturperiode, so dass die Zusammenarbeit von SPD und Die Linke nach zehn Jahren beendet werden wird.

Anders als bei den Erdrutschwahlen wie z.B. in NRW 2010 oder bei der Bundestagswahl 2009 lief die Regierungskoalition aus SPD und Linken schleichend aus. Rot-Rot wurde von den Berlinerinnen und Berlinern nicht durch massive Stimmenverluste abgestraft, sondern es fand ein Präferenzwechsel statt.

Ursache für diesen Wechsel ist das fehlende Vertrauen der Wähler/-innen in die Fähigkeit von Rot-Rot, die neuen Probleme der Stadt zu lösen, da es weder der SPD noch der Linken jeweils für sich und demzufolge auch nicht als Koalition gelang, eine stadtpolitische Idee für die kommenden Jahre glaubhaft zu entwickeln und überzeugend vorzutragen.

Mit „Berlin verstehen“ (SPD) und als „das Soziale“ (Linke) warben beide Parteien für die Fortsetzung des Bewährten und vernachlässigten dabei in den Augen der Wähler/-innen, was sich in der Stadt getan hatte und welche neuen Anforderungen daraus entstanden. Exemplarisch sind das erfolgreiche „Wasserbegehren“ (Transparenz,

Politikstil) oder die Mietenfrage (soziale Ausgrenzung statt „eine Stadt“) zu nennen.

Last but not least verlor das amtierende Regierungsbündnis seine Mehrheit nicht durch die Zugewinne der Grünen, sondern vielmehr durch den Höhenflug der Piraten, die erstmals in einem Landesparlament vertreten sind.

Die Linke hat gegenüber der Vorwahl gut 14 000 Stimmen verloren und erreichte statt 13,4% nur noch 11,7%. Die größten Verluste erlitt sie im Ostteil der Stadt (minus 17 000 Stimmen, –5,5%). Mit 22,6% der Stimmen erzielte sie ihr schlechtestes Ergebnis überhaupt in Ostberlin.

Verloren hat Die Linke nicht zu Gunsten des Regierungspartners – im Gegenteil. Sie konnte Stimmen von der SPD und den Nichtwähler/-innen gewinnen. Verloren hat sie an Grüne und CDU in geringem Maße, vor allem aber an die Piraten – vor allem im Ostteil der Stadt.

Vermutlich auch damit im Zusammenhang stehen die unterdurchschnittlichen Ergebnisse bei den unter 45jährigen Wähler/-innen und den Erstwähler/-innen. Insbesondere dies zeigt, dass die Partei die Bindung an eine jüngere Wählerschicht verloren zu haben scheint. Deren Anliegen spiegelten sich weder in der Wahlkampagne der Landespartei noch in den von der Bundespartei in die Medien transportierten Themen wider.

Gelang es der PDS bei den Wahlen 1995 bis 2001 in Ostberlin faktisch alle Wahlkreise zu gewinnen, verlor Die Linke bei dieser Wahl ihre Ostberliner Wahlkreishochburgen und schafft es in nur sieben Wahlkreisen direkt zu gewinnen.

Bei den Zweitstimmen wurde die Partei in keinem Bezirk mehr stärkste Partei. Im gesamten Ostteil der Stadt

setzte sich die SPD auf Platz 1 – mit Ausnahme von Friedrichshain-Kreuzberg, wo die Grünen diesen Platz eroberten.

In den westlichen Bezirken verbesserte sich Die Linke leicht von 4,2% auf 4,3% (plus 2 500 Stimmen) – vor allem durch die Zugewinne in Neukölln (5,6%). In den anderen Westbezirken blieb die Partei z.T. deutlich unter der Fünf-Prozent-Grenze.

Die Linke im Stresstest

Für Die Linke endet der Wahlzyklus [2011, d. Red.] ernüchternd, wichtige Wahlziele wurden zuletzt verfehlt:

- Mit dem Anspruch, in ostdeutschen Ländern den Ministerpräsidenten zu stellen, ist die Partei zweimal sehr deutlich gescheitert.

- Gescheitert ist sie auch mit dem erneuten Versuch, im Südwesten in die Landtage einzuziehen. Statt Stimmenzuwächse zu erzielen, stagniert sie im Großen und Ganzen.

- Mit der Berlin-Wahl 2011 ging eine Regierungsbeteiligung verloren, was an sich nach zwei Legislaturperioden ein eher normaler demokratischer Vorgang ist, im Gesamtkontext der Wahlen und der bundesweiten Umfragewerte aber geeignet ist, das Bild von einer Partei auf der Abwärtsrutsche mit frischer Farbe zu zeichnen. Darüber gehen die Anzeichen von Stabilität leicht unter.

Gelegenheit also, einen Blick auf den aktuellen Stand der Parteientwicklung zu werfen, der sowohl innerhalb der Partei wie auch von außen als nicht zufriedenstellend wahrgenommen wird.

Betrachtet man die zurückliegenden Wahlergebnisse, so lassen sich die Hürden, die vor einer Wende in den Umfragen stehen, in drei Gruppen ordnen:

(1) Im Zweifelsfall fehlt es an einer erfolgreich kommunizierbaren, breit getragenen Funktion der Partei für rote und grüne Wechselwähler/-innen, für die taktischen Wähler/-innen, die zumindest in Phasen der Wechselstimmung mehr erwarten als Opposition und das Zurechtrücken der Fehler anderer Parteien („Motor“-frage). In diesen Bereich gehört auch, dass es immer noch deutliche Mehrheiten gegen eine Regierungsbeteiligung der Linken in der westdeutschen Wahlbevölkerung und gegen einen linken Ministerpräsidenten in der ostdeutschen Wahlbevölkerung gibt, die Akzeptanz der Linken kaum über das eigene Wähler/-innenpotential hinausreicht.

(2) Die innerparteilich hoch gehandelten Themen interessieren die Wähler/-innen weniger oder gar nicht. Sie führen aber – wenn sie zu etwas führen – zu Zweifeln und Entfremdung bei Wähler/-innenschichten, die 2005 bis 2009 für Die Linke gewonnen wurden.

(3) Die Linke verliert bei den jüngeren

und jungen Wähler/-innen, insbesondere denjenigen mit großer Nähe zu „digitalen Medien“. Hierbei handelt es sich nicht nur um eine Frage der Themen (libertäre Themen, Bürgerrechtsthemen), sondern um Fragen von Lebenswelten und Milieus.

Unter diesen Gesichtspunkten würden es sich diejenigen, die das Wahljahr 2011 für Die Linke mit der Feststellung zusammenfassen, dass die Aussagen der Parteiführung über „Wege zum Kommunismus“, Gratulationen an Fidel Castro sowie mindestens unklare Aussagen zur Unmenschlichkeit und Inhumanität des Mauerbaus für die ausbleibenden Wahlerfolge verantwortlich seien, es sich zu einfach machen.

Denn bei aller berechtigten Kritik an diesen Aussagen sind nicht diese – die hat es in der Vergangenheit der PDS und auch der Linken immer wieder gegeben – das Problem. Das Problem liegt tiefer und zwar darin, dass es der Partei bislang nicht gelungen ist, sich auf die veränderten politischen und gesellschaftlichen Handlungsbedingungen

der Bundesrepublik Deutschland im dritten Jahr der internationalen Wirtschaft-, Währungs- und Finanzkrise sowie sechs Jahre nach der Abwahl von Rot-Grün einzustellen.

Es könnte also formuliert werden: Die zitierten Aussagen der Parteiführungen sind inhaltlich problematisch und das Gegenteil dessen, was eine moderne Linkspartei ausdrücken sollte, doch zu einem tatsächlichen Problem der Partei werden sie erst dann, wenn sie die einzigen Äußerungen sind, die derzeit von der Linken gesellschaftlich wahrgenommen werden.

Aus dem bislang nicht eingelösten Anspruch, in einer rot-roten oder rot-rot-grünen Konstellation zum „Motor für einen Politikwechsel“ zu werden, und der Tatsache, dass Die Linke bei starkem Gegenwind auf der Stelle tritt, nun wiederum zu schlussfolgern, dass es Zeit wäre, der Linken das Totenglockchen zu läuten, greift jedoch ebenfalls zu kurz.

Was tun? Was tun.

Misserfolge gehören zu demokratischen

Abstimmungen wie Erfolge. Ebenso normal ist es, dass jede Erfolgswelle einmal ihr Ende findet und sich Katerstimmung breit macht. Dramatisch wird es erst, wenn Niederlagen nicht „gelesen“ und nicht in den politischen Erfahrungsschatz der Partei hineingearbeitet werden.

Umpolitisch glaubwürdig zu bleiben, braucht Die Linke als Bundespartei eine erweiterte „Durchsetzungsstrategie“. Glaubwürdigkeit und Bindung in der Wählerschaft gehen verloren, wenn Wahlversprechen offensichtlich verraten werden – aber auch, wenn es bei leeren Versprechungen und grundsätzlichen Forderungen bleibt und der Eindruck des Maulheldentums entsteht. Durchsetzungsstrategien haben nicht notwendig etwas mit Regierungsbeteiligungen zu tun, aber mit der Erfahrung, dass Linke auch „etwas für uns regeln“ können.

Zu den „Wahlkampfberichten“: Die „Wahlkampfberichte“ sind ein Projekt von Benjamin-Immanuel Hoff und Horst Kahrs.

<http://wahlanalysen.wordpress.com>

Der Papst in Deutschland

Eine Nachbetrachtung von außen

Vom 22. bis zum 25. September 2011 besuchte Papst Benedikt der XVI. Deutschland. Bereits vorab hatte der „Spiegel“ den Titel gewählt: „Der Unbelehrbare — Ein Papst lässt die Deutschen vom Glauben abfallen“, und setzte damit das Leitmotiv der enttäuschten Erwartungen über diesen Besuch. Dennoch waren tagelang alle Zeitungen und TV-Kanäle des Landes verstopft von der Berichterstattung über „Seine Heiligkeit“. Was hat denn da nun eigentlich wirklich stattgefunden, so die argwöhnische Frage. Hier der Versuch einer Nachbetrachtung von außen.

Die geringste Rolle spielte, dass der Papst als Oberhaupt des Zwergstaates Vatikan zu Besuch in der Bundesrepublik war. Militärischer Pomp und klingendes Spiel durch eine Ehrenformation der Bundeswehr bei der Begrüßung im Schloss Bellevue, Straßensperren mit höchster Sicherheit und Staatskarossen allerwege waren zwar in diesen Tagen angesagt. Aber gleich zu Beginn seiner Rede vor dem Bundestag machte der Papst klar, wer hier spricht: „Dem Herrn Bundestagspräsidenten möchte ich für seine Einladung zu dieser Rede ... danken ... Aber die Einladung zu dieser Rede gilt mir als Papst, als Bischof von Rom, der die oberste Verantwortung für die katholische Christenheit trägt. Sie anerkennen damit die Rolle, die dem Heiligen Stuhl als Partner innerhalb der Völker- und Staatengemeinschaft zukommt...“ Und schon

hatte sich das Verhältnis umgedreht und Regierung und Abgeordnete, die gerade mal knapp 82 Millionen Einwohner der BRD vertreten dürfen, stand plötzlich der Repräsentant von 1,14 Milliarden Katholiken der Weltkirche gegenüber und verlangte Gehör.

Die enttäuschten Lutheraner

Der Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), Präses Nikolaus Schneider, so die Meldung des Evangelischen Pressedienstes (epd) vom 29.9.2011, „äußerte Verständnis für Enttäuschung, die nach dem Treffen mit dem katholischen Kirchenoberhaupt laut wurde. Wer nur den ökumenischen Gottesdienst erlebt habe, ‚der war sicher enttäuscht‘. Im Gottesdienst habe der Papst Luther nicht mit einem Wort erwähnt und sich ‚eher distanzierend bis abwehrend geäußert‘. Dagegen habe der Papst bei dem nicht-öffentlichen Treffen mit der EKD vor dem Gottesdienst in seiner Würdigung Luthers ‚durchaus positive Signale‘ gesetzt, betonte Schneider ... Innerhalb der nächsten Wochen solle es Klarheit darüber geben, ob aus der Erfurter Begegnung ‚etwas Weiteres erwachsen kann‘, fügte Schneider hinzu.“ Eingeleitet ist diese Pressemitteilung mit den Sätzen: „Präses Nikolaus Schneider, hat für das Reformationsjubiläum 2017 eine gegenseitige ‚Bitte um Vergebung‘ der Kirchen vorgeschlagen. Mit einem ehrlichen Blick auf die Ge-

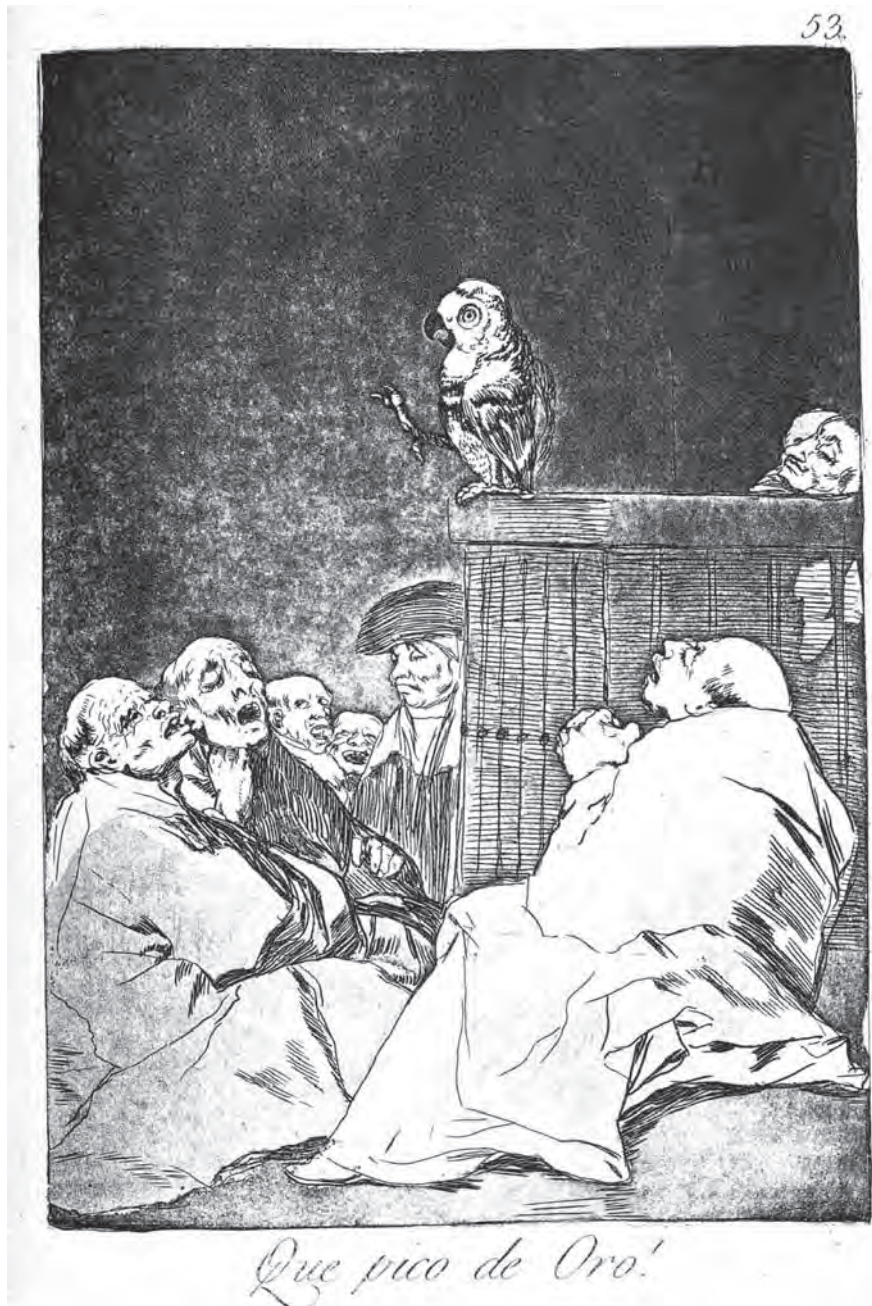
schichte könnten beide Seiten schauen, wo wir aneinander schuldig wurden“, sagte Schneider am Donnerstag der Deutschen Welle in Bonn. So könne man frei miteinander feiern. Dieses Angebot habe die EKD in Erfurt bei der Begegnung mit Papst Benedikt XVI. unterbreitet. Das Jubiläum dürfe keine ‚verkniffene Geschichte‘ werden.“

Dazu ist es wert zu wissen: In den allermeisten theologischen Kernpunkten gibt es zwischen Lutheranern und Katholiken keine grundsätzlichen Lehrunterschiede. Natürlich sind seit Luthers Thesenanschlag zu Wittenberg 1517 viele eigene Traditionen und kulturell-religiöse Ausprägungen entstanden. Aber selbst in der so oft in der Öffentlichkeit erwähnten „Abendmahlsfrage“ gibt es keine grundlegenden Lehrunterschiede darüber, was denn die religiöse Bedeutung dieser sakramentalen Feier sei. Die „reale Gegenwart“ von „Leib und Blut Christi“ im Brot und Wein bei der Feier des Abendmahles, „gegeben zur Vergebung der Sünden“, das ist gemeinsame Auffassung — anders als bei Reformierten und Calvinisten. Der trennende Punkt ist allerdings die Frage, wer denn dieses Sakrament zelebrieren darf. Ist es der Priester allein, so die katholische Auffassung, der geweiht ist und in ungebrochener Reihe durch die „Apostolische Sukzession“ verbunden ist mit dem ersten Apostel Petrus und so unverrückbar in seine sa-

krale Funktion eingesetzt ist. Oder, so die lutherische Auffassung, gibt es das „Priestertum aller Gläubigen“ und damit den grundsätzlichen Widerspruch zum Katholizismus: Die Leugnung der Heilsnotwendigkeit des päpstlichen Primats. Die Auffassung vom allgemeinen Priestertum der durch Taufe und Glauben vor Gott gleichberechtigten Christenheit, das ist der Hauptwiderspruch der Reformation zur Papstkirche. Diese behauptet, außerhalb der katholischen Kirche könne es kein Heil geben. Und da wundert man sich auf Seiten der lutherischen Kirchenvertreter, wenn aus der Begegnung mit dem Papst eine „verkniffene Geschichte“ wurde? Seine Organisation der Weltkirche brähe doch in sich zusammen und würde sich in eine Vielzahl bunt gesprenkelter religiöser Häufchen auflösen, würde er da nachgeben. Oder die Lutheraner müssten in den Schoß der Kirche zurückkehren – aber das wollen sie ja nun auch nicht wirklich. Das Luthertum ist traditionell ängstlich und fixiert auf Autorität: den Landesherrn, den König und Kaiser. Nun, da all diese Figuren so nicht mehr da sind: Haben sie etwa ein schlechtes Gewissen wegen der Kirchenspaltung durch fünfhundert Jahre Reformation?

Und die Katholiken selbst?

Bei den Katholiken selbst muss man neben dem Klerus, der nochmals eigene Überlebensinteressen hat, zwei Gruppen unterscheiden. Einmal diejenigen, die in ihrem Inneren Religiöses erleben, sich hier binden und so ihr Leben ausrichten wollen. Das sind die, die ungebrochen wallfahren zu den Papstmessen und Mariengottesdienste stärkend und erhebend für ihren Glauben finden. Und dann gibt es die bundesdeutschen Staatskatholiken, die man in den Medien vorneweg dabei beobachten konnte, wie sie dem Papst die Hand schüttelten und deren Gedankengut lautstark in Presse und Fernsehen zu vernehmen war. Zum Beispiel der Bundespräsident Wulff. Voll Zustimmung berichteten die Medien, wie der Bundespräsident – er ist Katholik, dazu noch geschieden und in zweiter Ehe mit einer evangelischen Frau verheiratet – gleich in seiner Begrüßungsansprache „kritische“ Erwartungen und Fragen an den Papst gerichtet hat: „Wie barmherzig geht sie (die Kirche) mit Brüchen in den Lebensgeschichten von Menschen um? Wie mit den Brüchen in ihrer eigenen Geschichte und mit dem Fehlverhalten von Amtsträgern? Welchen Platz haben Laien neben Priestern, Frauen neben Männern? Was tut die Kirche, um ihre eigene Spaltung in katholisch, evangelisch und orthodox zu überwinden?“ Er benannte damit den gesamten Reformkatalog, wie er zur Zeit der Katholischen Kirche vorgehalten wird.



„Que pico de oro!“ (Was für ein Goldschnabel), Caprichos, Blatt 53, von Francisco Goya (1746–1828).

Sicher murren auch viele Gläubige und ärgern sich über „ihre Kirche“, die sie in viele Widersprüche verstrickt. Am Ende aber singen und beten sie mit – oder sie treten aus. Anders, was so ein Funktionsträger wie Wulff ausspricht. Es sind in erster Linie die Erwartungen der politischen Elite der Bundesrepublik an eine katholische Kirche, die gesellschaftlich integrativ wirken und die staatstragend sein soll. An eine Kirche, die dazu beiträgt, in der bundesrepublikanischen Wirklichkeit Werte und Identität zu stiften. Vergleichbar den „Kulturprotestanten“ unseligen Angedenkens zur Zeit des Deutschen Kaiserreiches, die danach trachteten, die religiöse Überhöhung der dem Volk auferlegten preußischen Tugenden für Produktion und Krieg zu liefern: „Gott mit uns!“ stand auf der Gürtelschnalle aller deutscher Soldaten im

Ersten Weltkrieg. Mit Gottes Hilfe sollte der Sieg im imperialistischen Krieg errungen werden. Diese staatstragenden Kulturkatholiken fordern von der katholischen Kirche eine Art Zivilreligion ein, die als religiöse Salbung über alles regierungsamtliche Handeln der in der BRD Herrschenden gelegt werden kann.

So tickt Religion nicht

Nur, so einfach und eindimensional tickt Religion nicht. Auch nicht die katholische. Ein Zitat des Soziologen Niklas Luhmann mag helfen, das zu erhellen: Dieser Erwartung „... widerspricht vor allem die Annahme, Religion habe eine systemintegrierende Funktion, denn offensichtlich gibt es auch systemsprengende oder doch desintegrierende religiöse Bewegungen. Religiöse Erfahrungen können ge-

bene soziale Ordnungen stützen oder in Frage stellen, können den Einzelnen zu bejahenden oder zu verneinenden Haltungen führen, können konstruktiv oder destruktiv wirken oder sich auch vom einen zum anderen wandeln. Wer gleichwohl voraussetzt, die Religion habe, wenn überhaupt, eine integrative Funktion, wird angesichts der Faktenlage leicht zu der Überzeugung kommen, die Religion habe in der modernen Gesellschaft auf der Ebene der gesamtgesellschaftlichen Systeme jede Funktion verloren. Aber ist das nicht nur die Konsequenz einer vorgängigen begrifflichen Fehldisposition, eines zu stark eingeschränkten Funktionsverständnisses?“

Nun: Warum also sollte der Papst diesen in den Medien lautstark vortragenden „Reform“vorschlägen folgen? Der Papst hat sich doch längst bei der Konkurrenz umgesehen. All diese Themen, wie Frauenrechte oder Sexualmoral sind in der Evangelischen Kirche Deutschlands seit den sechziger Jahren weitgehend umgesetzt. Und das Ergebnis? „Die evangelische Kirche hat schließlich auf dem Weg in die Moderne im Gegensatz zum Vatikan alles richtig gemacht, wenn man der populären Kirchenkritik trauen darf. ... Dummerweise korrespondiert mit dem öffentlichen Beifall für die Dauererneuerung kein durchschlagender Erfolg bei der eigenen Anhängerschaft. Seit dem Einheitsjahr hat die EKD, die immer als besonders fortschrittlich galt, fast fünf Millionen Mitglieder verloren, die katholische Konkurrenz etwas mehr als drei Millionen. Auch was den religiösen Einsatz angeht, lassen die Protestanten zu wünschen übrig. Von den 24 Millionen evangelischen Gläubigen macht sich nur noch eine Million am Sonntag zum Kirchgang auf. Kein Wunder, dass sich der Papst etwas zögerlich zeigt, dem Beispiel der Glaubensbrüder zu folgen.“ Beobachtet der „Spiegel“ am 26.9.2011 richtig.

Der Papst versteht sich auf sein schwarzes Kerngeschäft. Er weiß: Es wachsen und haben riesenhaften Zulauf die jungen christlich-evangelikalen, höchst reaktionären Pfingstbewegungen, die in Südamerika, Asien und Afrika den etablierten Kirchen ihre Marktanteile abjagen. Die knochentrockenen Evangelischen Kirchen in der Bundesrepublik sind da keine ernsthafte Konkurrenz, die er um welcher Synergien auch immer willen umarmen müsste.

Päpstlicher als der Papst?

Als dem Oberhaupt der alten kirchlichen Weltorganisation kommt es ihm darauf an, alle irdischen Themen unter dem Gesichtspunkt des Religiösen zu betrachten. Als Vorstandsvorsitzender des Weltkonzerns Katholische Kirche muss er nicht die weltliche, sondern

die religiöse Frage in allen Bereichen offen halten. Der selbstbestimmte, aufgeklärte Mensch, der ohne Religion leben will, ist sein Widerpart. Reaktionsäres, hinter die Aufklärung zurückmarschierendes Denken zeichnet ihn daher aus. Deshalb leitet er in seiner Rede im Bundestag die staatliche Ordnung aus dem göttlichen Naturrecht ab. Deshalb lässt er nicht zu, seine katholische Ethik zu reduzieren auf eine quasirationale preußische Moral nach dem Motto „Tue Recht und scheue niemand!“, sondern verlangt Buße für die vom Bundespräsidenten zitierten „Brüche in den Lebensgeschichten von Menschen“ und gewährt nicht leichtfertig Vergebung der Sünden. So gibt er seiner Organisation eine Perspektive über den Augenblick hinaus. So wird das Motto seines Besuches „Wo Gott ist, da ist Zukunft!“ verständlich: Religion liegt dann vor, wenn der Mensch einsehen muss, weshalb nicht alles so ist, wie er es gerne haben möchte. Der Mensch ist der Tatsache ausgesetzt, dass alles, was er erfährt, was er erwartet, was er zustande bringt, nicht zwingend notwendig ist, aber doch jederzeit eintreten kann. Vor allem aber nicht ausschließlich in seiner Hand liegt und von ihm gemeistert wird. Der Mensch sucht den Grund seiner Unselbständigkeit und kann als Einzelner das nicht durch Selbstreflexion herausfinden. Das Leiden unter der Unvollkommenheit menschlichen Lebens ist Grundmotiv christlicher Religiosität.

Dem Menschen den Grund seiner Unselbständigkeit zu erklären und ihm daraufhin Erlösung anzubieten, ist das „Geschäftsmodell“ des Papstes für die Rolle seiner Kirche. Die bedrängte Kreatur, die unter Seufzen glaubende Christenheit, für die Dogmen und ethische Ansprüche immer auch ärgerlicher Anlass für das Gewissen sind, sich zu grämen, sie wird so bereit gemacht für den Empfang der von der alleinseigmachenden Kirche gespendeten Heilmittel.

Oder, um nochmals den Soziologen Niklas Luhmann zu bemühen, der trocken dies Phänomen so beschreibt: „Die Erbsünde wird durch Taufe umgewandelt in einen Status, in dem es sich lohnt, zu sündigen und sich dies vergeben zu lassen.“ So lässt es sich im Diesseits aushalten, und so ist oben drein die Erlösung gewiss.

Und davon sollte der Papst lassen? Wohl kaum. Päpstlicher als dieser reaktionäre Papst wollen die staatstragenden Reformredner sein — für Ratzinger macht das nicht wirklich Sinn.

Karl-Helmut Lechner

Quellen:

Reden des Papstes auf seiner Reise nach Deutschland sind zu finden unter: http://www.vatican.va/latest/sub_index/latest_index_ge.htm; Niklas Luhmann, „Die Funktion der Religion“, stw 407, 1982

China: Triumph-Arbeiterinnen im Streik gegen Arbeitshetze

Mehr als 1 000 Arbeiter des Unterwäscheproduktors Triumph International in der chinesischen Provinz Hainan sind am 9. September in Haikou in den Streik für höhere Löhne und gegen das steigende Arbeitstempo getreten. Eine Arbeiterin wurde mit der Aussage zitiert, sie müsse 40 Teile Unterwäsche in 38 Minuten fertig machen, um den Bonus, den sie braucht, zu erhalten — das durchschnittliche Einkommen der Belegschaft liegt bei gerade einmal 700 Yuan. Weil diese Bedingungen in letzter Zeit verschärft worden waren, hatten sich 800 ArbeiterInnen beschwert, dass die Normen erhöht worden waren, die für den Leistungsbonus notwendig sind — woraufhin sie per Post mitgeteilt bekamen, sie könnten erst einmal zuhause bleiben. Daraufhin traten die 1 000 ArbeiterInnen in den Streik mit den Forderungen nach Lohnerhöhung und einem Ende der Arbeitshetze. Bereits im November 2009 hatten 3 000 Arbeiterinnen in diesem Werk gestreikt.

Quelle: labournet — www.chinadaily.com.cn 9.8.2011

Australien: Wieder Streik bei Toyota

Mehr als 3 000 Arbeiter sind am 2. September in dem Autowerk von Toyota in Melbourne und dem Auslieferungslager in Sydney in einen 24-Stunden-Streik für einen neuen Tarifvertrag getreten. Auch an den kommenden drei Freitagen im September soll jeweils gestreikt werden. Die Gewerkschaft fordert 12 Prozent für die nächsten drei Jahre. Mehr als 3 000 Arbeiter des Toyota-Werkes begannen am 22. September erneut mit einem 48-Stundenstreik in Melbourne und Sydney. Der Streik hatte wieder erhebliche Auswirkungen auf die Produktion. Der Freitag war der fünfte Streiktag seit Beginn der Auseinandersetzung. Das Altona-Werk produziert vor allem für den Export. Die Produktion im Toyota-Werk in Altona, im Staat Victoria, wurde komplett gestoppt, wie eine Sprecherin von Toyota Australia mitteilte. Hier stellt der Automobilkonzern die Modelle Camry und Aurion her. Toyota hat bisher eine Lohnerhöhung von 11 Prozent über 39 Monate gestaffelt angeboten. Jedoch streiten sich die beiden Parteien um den genauen Zeitpunkt der Lohnerhöhung.

Quelle: <http://de.finance.yahoo.com> 15.9.2011 — <http://www.randzone-online.de> 2. + 23.9.2011

Indien: Suzuki-Streik weitet sich aus

Anfang Juni sind rund 2 000 Arbeiter des größten indischen Automobilkonzerns Maruti Suzuki im Werk Manesar im indischen Bundesstaat

Haryana in den Streik getreten für die Anerkennung ihrer Gewerkschaft. Das Unternehmen ist gerade dabei, das Werk in Manesar so zu erweitern, dass 750 000 Autos im Jahr produziert werden können. Derzeit liegt die Kapazität bei 250 000. Maruti gehört zu 54 Prozent dem japanischen Autokonzern Suzuki. Ebenfalls Mitte Juni traten in dem Industriegürtel von Gurgaon-Manesar in Indien die Arbeiter von 65 Betrieben in einen zweistündigen Solidaritätsstreik, zu dem verschiedene Gewerkschaften aufgerufen hatten. Schätzungsweise 50 000 Arbeiter beteiligten sich. Sie unterstützten damit die Arbeiter im Maruti-Suzuki-Werk in Manesar in ihrem Kampf für die Anerkennung ihrer Gewerkschaft.

Mitte September traten aus Solidarität mit den seit zwei Wochen streikenden Automobilarbeitern im Maruti-Suzuki-Werk in Manesar Arbeiter aus anderen Suzuki-Betrieben in Indien erneut in einen Solidaritätsstreik. 3 000 Arbeiter von Suzuki Powertrain (Dieselmotoren), Suzuki Motorcycle India und Suzuki Castings, alle im Manesar/Gurgaon-Industriegürtel, wollen streiken, bis der Konflikt über die Anerkennung der Gewerkschaft bei Maruti Suzuki gelöst ist.

Quelle: <http://www.randzone-online.de>

Georgien: Streik für Arbeitsrechte

Mehrere Arbeiter des Metallwerkes Herkules in Kutaissi sind am Dienstag (13.9.) in den Streik getreten. Die Streikenden verlangen den Schutz ihrer Rechte als Arbeiter. Zudem verlangen sie, die Welle von Entlassungen zu beenden, von der 17 Gewerkschaftsmitglieder betroffen sind. Weitere Forderungen sind, die Gesetzgebung in Georgien zu respektieren, die Gewerkschaft anzuerkennen und die Arbeitsbedingungen zu verbessern. Der Streik begann um 8 Uhr mit einer verbalen Auseinandersetzung zwischen den Streikenden und der Leitung des Unternehmens. Dem Streik schlossen sich zuerst 100 Arbeiter an. Insgesamt sind in den Unternehmen 500 Menschen beschäftigt, davon 150 aus Indien, meldete die georgische Nachrichtenagentur Interpressnews. Dem Protest der Beschäftigten haben sich auch Nachbarn des Unternehmens angeschlossen. Diese bemängeln, dass der Schornstein des Unternehmens keinen Filter habe und die Abgase negative Auswirkungen auf die Bevölkerung hätten. Zudem beschädigten die Lastwagen im Lieferbetrieb die Straße und niemand kümmere sich darum.

Die Polizei der Regierung Saakaschwili hatte den Streik aufgelöst und rund 40 Beschäftigte festgenommen. Nach Angaben der Gewerkschaft wurden die Festgenommenen von der Polizei der Regierung Saakaschwili

li gezwungen, einen Brief zu unterschreiben, in dem sie sich verpflichten, niemals mehr zu streiken und an ihre Arbeitsplätze zurückzukehren. Nach der Auflösung des Streiks der Beschäftigten des Metallwerkes Herkules in Kutaissi rollt nach Berichten georgischer Medien eine neue Kündigungswelle durch das Unternehmen. Nun sollen rund 100 Mitarbeiter, die sich an dem Streik beteiligt hatten, gefeuert werden. Drei Mitarbeiter sind bereits nach dem Streik entlassen worden. Einer von ihnen gehörte zu den vier Mitarbeitern, die sich an einem Hungerstreik beteiligt hatten.

Quelle: <http://www.georgien-nachrichten.de>, Interpressnews, 13.9.2011 / 17.9.2011

Kasachstan: Massive Repression – Ölarbeiterstreik geht weiter

Seit dem 26. Mai streiken im westlichen Teil Kasachstans mehrere Tausend Ölarbeiter für höhere Löhne, für gewerkschaftliche Rechte und bessere Arbeitsbedingungen. Inzwischen hat sich der Streik auf die Gas- und Ölförderung von KazMunaiGas EP ausgeweitet. Unternehmen und Staatsorgane gehen äußerst brutal mit den Streikenden um, Hunderte wurden entlassen, mehrere Gewerkschafter verhaftet.

Auch im August – also seit drei Monaten – dauert der Kampf der kasachischen Ölarbeiter trotz aller Repression weiter an – Lohnerhöhung, gleicher Lohn für gleiche Arbeit (das Problem der besseren Bezahlung für ausländische Spezialisten), Wiedereinstellung der entlassenen inzwischen 416 Kollegen, Aufhebung von Urteilen gegen Repräsentanten der Streikenden (so wurde beispielsweise die Rechtsanwältin der Streikenden verurteilt) und das Recht auf unabhängige Gewerkschaften sind die Ziele, deren Durchsetzung mit stetig gesteigerter Repression verhindert werden soll. In einem Beitrag von www.kompakt.igbce.de vom 8. September 2011 wird berichtet: „Der staatsnahe Energiekonzern Kazmunaigas (KMG) ist Teilhaber in der Gesellschaft in Aktau, auch Uzenmunaigas gehört der Firma. Für sie ist der Streik illegal, Gerichte haben das bestätigt. Aber Kasachstan kennt keine unabhängige Justiz. „Nur eine Minderheit von aufgewiegelter Scharfmachern macht noch mit“, rechnet Arbeitgebervertreter Aleksandr Gladischjew von KMG den Streik herunter. Dabei kam es vor allem in Schanauzen zu empfindlichen Fördereinsparungen. Die Streikenden stehen finanziell mit dem Rücken zur Wand. Seit Monaten bekommen sie kein Gehalt. Es gibt keine Streikkasse. Und auch von gewerkschaftlicher Seite keine Unterstützung. Das Problem: Die offizielle Gewerkschaft ist staatshörig, die unabhängige Gewerkschaft von Aktau springt nicht ein. „Die Streikenden

sind nicht unsere Mitglieder“, sagt deren Vorsitzender Kuanischgali Suleuow. Auf seine Vermittlungsangebote, sagt er, seien die Arbeitgeber nicht eingegangen.“

Quelle: <http://www.randzone-online.de> – www.kompakt.igbce.de

Uganda: Streik der Blumenarbeiter

Mitte August 2011 traten tausende Blumenarbeiter und -arbeiterinnen in Uganda in den Streik und forderten höhere Löhne. Rund 2 000 wütende Arbeiter blockierten Straßen in Entebbe. Das Unternehmen rief die Polizei, die mit Tränengas gegen die Arbeiter vorgeht. Ein herbeigerufener Vertreter der zuständigen Gewerkschaft wurde von den Streikenden beschimpft, weil sie sich von der Gewerkschaft nicht vertreten fühlen. Die Arbeiterin Nusula Nassimbawa erklärte gegenüber den Medien, dass nach den Abzügen ihr praktisch nichts mehr vom Lohn übrigbleibt, und das bei Zwölf-Stunden-Schichten. Die hohe Inflation verschärft die Lage der Arbeiter.



Auf Einladung von FIAN haben am 25. September Flavia Amoding von der ugandischen Organisation für Arbeiterinnenbildung (UWEA) und Hannah Mwesigwa von der ugandischen Gewerkschaft der BlumenarbeiterInnen (UHAWU) in Dortmund über Verletzungen der Menschenrechte auf Nahrung und Gesundheit in der ugandischen Blumenindustrie berichtet.

Ugandische ArbeiterInnen verdienen zwischen 20 und 30 Euro im Monat. Allein für die ausreichende Ernährung einer fünfköpfigen Familie sind 50 Euro im Monat nötig. Die ArbeiterInnen sind aufgrund ihrer mangelnden Ernährung besonders anfällig für die Gifte der Pestizide, die in der industriellen Blumenproduktion verwendet werden. Darüber hinaus stellen die meisten Betriebe ihre ArbeiterInnen nicht mit ausreichender Schutzkleidung aus. Aufgrund der unzureichenden medizinischen Versorgung durch die Blumenbetriebe in Verbindung mit den Hungerlöhnen bleiben die daraus folgenden Vergiftungen der BlumenarbeiterInnen meist unbehandelt.

In der Vergangenheit sind auf ugandischen Blumenplantagen immer wieder schwere Unfälle mit Pestiziden passiert. Im Februar 2010 war Safari Mazira, Pestizidsprüher auf der Blumenfarm Rosebud, in Folge einer Pestizidvergiftung gestorben. Er hat eine Frau und fünf Kinder hinterlassen, die bis heute nicht entschädigt wurden.

Quelle: <http://www.randzone-online.de> – <http://www.fian.de>

5. Demonstration „Freiheit statt Angst“

BERLIN. Die nun bereits zum fünften Mal stattfindende Demonstration „Freiheit statt Angst“ am 10. September 2011 hat mit über 5 000 Teilnehmern die Erwartungen der Veranstalter, die die Demonstration mit 2500 Demonstranten angemeldet hatten, deutlich übertroffen. „Unsere Bewegung hat sich verstetigt. Falls sich die Bundesregierung ernsthaft auf eine neue anlasslose Vorratsdatenspeicherung verständigen sollte, werden wir mit Sicherheit innerhalb kürzester Zeit wieder mehrere zehntausend DemonstrantInnen auf die Straßen bringen können“, so Kai-Uwe Steffens vom Arbeitskreis Vorratsdatenspeicherung, der Initiator der gerade laufenden Online-Petition beim Deutschen Bundestag gegen die Wiedereinführung der Vorratsdatenspeicherung ist. Die 50 000 Mitzeichnungen wurden innerhalb der Drei-Wochen-Frist erreicht. Für die restliche Zeit steht das nächste Ziel: 100 000 Mitzeichner. Parallel zum Berliner Auftakt wurde am 10. September auch in Wien, Dresden und Luxemburg mit Demonstrationen und Protestveranstaltungen die Aktionswoche „Freedom not Fear“ eingeläutet, die am folgenden Wochenende mit einer Demonstration in Brüssel endete.

<http://blog.freiheitstattangst.de>



Demonstration fordert Schließung des „Nationalen Zentrums“

LEIPZIG. Über 2 000 Menschen demonstrierten am 24.9.2011 in Leipzig, um der Forderung nach „sofortiger Schließung des Nationalen Zentrums“ in Leipzig Nachdruck zu verleihen. Unter dem Motto „Nazi-Strukturen zerschlagen, linke Politik verteidigen“ hatte die Kampagne „Fence Off“ zu einer bundesweiten Demonstration gegen das im Leipziger Stadtteil Lindenau gelegene Objekt aufgerufen. In mehreren Redebeiträgen wurde die Bedeutung des als NPD-Abgeordnetenbüro angemieteten Objektes hervorgehoben, in dem sich neben der NPD auch deren Jugendorganisation die „Jungen Nationaldemokraten“, aber auch sogenannte

„Freie Kräfte“ und Hooligans von LOK Leipzig treffen und Veranstaltungen durchführen. Als der Demonstrationszug in der Odermannstraße ankam, eskalierte die Situation kurzzeitig, als mehrere Knallkörper und pyrotechnische Erzeugnisse auf das Objekt geworfen wurden. Im Anschluss daran wurden nach Polizeiangaben insgesamt fünf Personen vorläufig festgenommen.

www.linke-bucros.de

Bündnis fordert Absage des Afghanistan-Gipfels Petersberg II

BONN. Das „Protestbündnis gegen Petersberg II“ fordert die sofortige Absage der Afghanistan Konferenz, zu der die afghanischen und deutschen Außenminister Zalmi Rassoul und Guido Westerwelle nach Bonn einladen. Der Text der Einladung sei „von einem völligen Realitätsverlust getragen und die Fortsetzung der bewussten Täuschung der Öffentlichkeit über den Truppenabzug bis 2014“, so Reiner Braun, einer der Sprecher des Bündnisses. Der Gipfel werde keine Frieden eröffnenden Ergebnisse bringen, denn „auf der Basis einer die Realität von Krieg und Terror leugnenden Einladung kann kein Friedens- und Versöhnungsprozess beginnen. Dieser erfordert die Anerkennung der Tatsache des Krieges und einen sofortigen Waffenstillstand.“ Das Bündnis fordert stattdessen die Einberufung einer „Wahrheitskommission Afghanistan“, ein international besetztes und unabhängiges Expertengremium, das als Grundlage für eine zivile Zukunft Afghanistans eine reale, realistische und wahrheitsgetreue Zusammenstellung der Situation in Afghanistan nach inzwischen 30 Jahren fortwährenden Krieges vornimmt. Das Protestbündnis sieht sich in der Notwendigkeit bestärkt, dass eine Alternative hin zum Frieden von den Menschen selbst erkämpft werden muss – in Afghanistan und weltweit. Kernpunkt bleibt die Forderung nach dem Abzug aller Interventionstruppen. Dazu sollen die vielfältigen Protestaktionen der Friedens- und Antikriegsbewegung in Bonn vom 3.12 bis 5.12. dienen.

www.afghanistanprotest.de

Aktion gegen Rohstoffstrategie der EU

BERLIN. Mit einer Aktion vor dem Berliner Congress Center haben AktivistInnen von Attac am 27. September auf ihre Kritik an der Rohstoffpolitik der Bundesregierung und der Europäischen Union aufmerksam gemacht und dabei speziell die Rolle des Bundesverbands der Deutschen Industrie (BDI) thematisiert. Anlass war der jährliche „Tag der Deutschen Industrie“ des BDI. Weltweit steigt die Nachfrage nach Rohstoffen; zu deren größ-

ten Konsumenten gehört Deutschland. Als Rohstoffimporteur und Exporteur von weiterverarbeiteten Produkten bezieht Deutschland Energierohstoffe, Metallrohstoffe und viele Industrieminerale aus mehr als 160 Ländern. Die Europäische Union (EU) fordert in ihrer neuen Rohstoffinitiative (2011) den schrankenlosen Zugang zu Rohstoffen und übt dabei massiven Druck auf die Exportländer aus. Die Aktion war Teil der gemeinsamen Rohstoffkampagne von Attac und Medico International: Beide Organisationen fordern EU und Bundesregierung auf, keine Freihandelsverträge mit Entwicklungsländern abzuschließen, verbindliche Regeln für den Abbau von Rohstoffen zu erlassen und eine alternative Rohstoffstrategie zu entwickeln.

www.attac-netzwerk.de

Gentechnik-Petition im Bundestag: Zulassungen stoppen!

BERLIN. Am 26.9.2011 wurde die Petition des Bundes ökologischer Lebensmittelwirtschaft (BöLw) „Gentechnik-Anbau stoppen“ vor dem Bundestagsausschuss beraten. Mehr als 100 000 Menschen hatten unterschrieben und sich dafür ausgesprochen, dass auf EU-Ebene ein Zulassungsstopp für gentechnisch veränderte Pflanzen verhängt wird. Petent Felix Prinz zu Löwenstein hat an die Mitglieder des Ausschusses appelliert, das Anliegen im Hinblick auf die 26 Pflanzen, deren Zulassung auf EU-Ebene beantragt ist, ernst zu nehmen. Auf einer vorangegangenen Pressekonferenz wurde auf die mangelhafte Prüfung der Pflanzen hingewiesen. Lediglich die antragstellenden Firmen müssten Studien vorlegen. Der unabhängigen Forschung werde es schwer gemacht an das Untersuchungsmaterial heranzukommen, weil die Firmen als Patentinhaber entscheiden können, wem sie das Material zur Verfügung stellen. Der BöLw sowie der Anbauverband Bioland kritisierten die widersprüchliche Haltung der Bundesregierung, dessen Vertreter das Zulassungsverfahren als sicher erklärte. Dabei hatte das Verbraucherministerium selbst den Anbau des in der EU zugelassenen Mon 810 wegen möglicher Risiken für die Umwelt verboten. In einer der nächsten Sitzungen wird der Petitionsausschuss die Beratung auswerten und dem Plenum eine Empfehlung vorlegen. Der Bundestag fordert dann die Bundesregierung auf, dem Anliegen der Petition entsprechend der Ausschussempfehlung zu folgen.

www.keine-gentechnik.de

Berliner Musikschulen in Gefahr

BERLIN. Das Protestkonzert von Berliner Musikschullehrern am 24. September vor dem Roten Rathaus war mit 2 000 Teilnehmern die größte Berliner

und berufsbegleitende Studiengänge ebenso weiter zu wie für Gaststudierende und einige weitere Fälle. www.studis-online.de

Flüchtlinge in Nordafrika: Jetzt muss Europa handeln!

BERLIN. Der Konflikt in Libyen zwingt hunderttausende Menschen zur Flucht in die Nachbarstaaten. Darunter Flüchtlinge und Asylsuchende aus Somalia, Eritrea, Äthiopien dem Sudan und vielen anderen Staaten, die in Libyen lebten oder das Land als Transitland durchquerten. Rund 5000 von ihnen harren nach wie vor unter elenden Bedingungen in Flüchtlingslagern in Tunesien und Ägypten aus. Sie können wegen drohender Verfolgung oder Gefahr für Leib und Leben nicht in ihre Herkunftsländer zurückkehren. „Hier gibt es kein Leben“, so die 65-jährige Amina aus Somalia, die mit ihrer Tochter und sechs Monaten alten Enkeltochter im März aus Tripolis in das tunesische Flüchtlingslager Choucha kam. Amina ist seit mehr als 16 Jahren auf der Flucht. Sie leidet unter Diabetes und einer alten Verletzung, bei ihrer Tochter Nadifa wurde ein Loch im Herzen sowie Asthma diagnostiziert. „Ich habe 20 Jahre gewartet“, sagte Amina Amnesty International, „muss ich noch einmal 20 Jahre warten? Hier gibt es kein Leben“ ...

Einzig Lösung: Neuansiedlung in einem Drittland

BERLIN. Einzig mögliche dauerhafte Lösung für die in Tunesien und Ägypten gestrandeten Flüchtlinge ist die Neuansiedlung in einem Drittland (Resettlement). Das Flüchtlingskommissariat der Vereinten Nationen (UNHCR) rief die internationale Gemeinschaft dazu auf, schutzbedürftige Flüchtlinge aus den Flüchtlingslagern in Tunesien und Ägypten aufzunehmen. Die Reaktion gerade der EU-Staaten auf diese Krise vor den Toren Europas ist jedoch beschämend. Sie haben bisher wenig Bereitschaft zur Hilfe gezeigt. Lediglich sieben EU-Mitgliedsstaaten boten bisher insgesamt weniger als 400 Aufnahmeplätze an. Deutschland ist nicht darunter. Die in Tunesien und Ägypten gestrandeten Flüchtlinge werden zunehmend verzweifelt. Flüchtlinge gehen sogar zurück nach Libyen, um die gefährliche Überfahrt über das Mittelmeer nach Europa zu wagen. Die Schaffung zusätzlicher Resettlement-Plätze und eine Beschleunigung der Verfahren sind auch deswegen dringender denn je. Auch Deutschland muss handeln und Flüchtlinge aus Nordafrika aufnehmen! Schreiben Sie eine E-Mail an Bundesinnenminister Friedrich und fordern Sie die Regierung zum Handeln auf!

www.amnesty.de/



Musikschuldemonstration seit Jahrzehnten. Es geht aber auch um die größten Strukturveränderungen seit 1981. Die Gewerkschaft Verdi befürchtet, dass die Musikschullehrer und die Schulen mit neuen bürokratischen Anforderungen überzogen werden, dass durch die neue Honorarstruktur die Musikschullehrer weniger Honorar erhalten als vorher, dass die neuen Regelungen für den Musikschulbetrieb die Arbeitsmöglichkeiten der Musikschulen aufs Spiel setzen und dass die Senatsverwaltung in einem völlig intransparenten Vorgehen rechtliche Befürchtungen zum Vorwand für ganz anders motivierte Entscheidungen nimmt. Die Fachgruppe Musik in der Verdi hält Strukturveränderungen auch für notwendig, aber keine, die zu schlechteren Verhältnissen führen. Sie fordert mehr Stellen und für die verbleibenden Honorarkräfte einen Tarifvertrag. http://musik.verdi.de/regionen/berlin_brandenburg

Bildungsproteste im Herbst

BERLIN. Obwohl sich in den Bildungsprotesten der vergangenen Jahre hunderttausende SchülerInnen, Studierende, Auszubildende, LehrerInnen, Dozierende und Mitarbeitende für eine Verbesserung des Bildungssystems einsetzten, gab es keine maßgeblichen Verbesserungen. Nun rufen verschiedene Strukturen und Einzelpersonen zu Bildungsprotesten im Herbst auf. In den Wochen um den 17. November sollen Demonstrationen, Besetzungen und andere kreative Aktionen auf die immer noch bestehenden Missstände aufmerksam machen. Die Bewegung stellt sich dabei in den Zusammenhang mit den Jugend- und Sozialprotesten weltweit sowie den „Global Weeks of Action for Education“ vom 7. bis 20.11. „Die Forderungen nach Abschaffung des dreigliedrigen Schulsystems, geeigneten Arbeits-

bedingungen und Übernahme nach der Ausbildung dürfen jedoch ebenso wenig in den Hintergrund treten wie die Kritik am verkürzten G8-Abitur und weitere Forderungen. Es soll kein Protestplan von Einzelnen vorgegeben werden, sondern Raum geschaffen werden, um den diversen Forderungen Gehör zu verschaffen“, erklärt Erik Marquardt, Vorstandsmitglied von fzs (freier Zusammenschluss von studentischen Innenschaften). Weitere Informationen und der Aufruf unter www.bildungsproteste.net

Abschaffung oder Senkung der Studiengebühren?

MÜNCHEN. Fünf ursprünglichen Studiengebührenländern haben die Gebühren schon zurückgenommen oder die Umsetzung für bis spätestens Ende 2012 angekündigt, Niedersachsen und Bayern erheben aber noch welche. Nach den Piraten wollen nun auch noch die Freien Wähler ein Volksbegehren gegen allgemeine Studiengebühren in Bayern starten. Die Landesregierung kündigt derweil an, dass die Hochschulen zukünftig ihre Einnahmen aus Studienbeiträgen schneller ausgeben – oder die Beiträge senken müssten. Die Piraten wollen in ihrem Volksbegehren den relevanten § 71 des Hochschulgesetzes durch den einfachen Satz „Die Hochschulen erheben von den Studierenden keine Studienbeiträge oder Verwaltungsgebühren“ ersetzen. Das würde nicht nur die Studienbeiträge von bis zu 500 Euro pro Semester für alle normalen Studiengänge an staatlichen Hochschulen betreffen, sondern auch die erst jüngst eingeführten (echten) Studiengebühren für berufsbegleitende Studiengänge. Ebenfalls könnten auch weiterbildende Studiengänge nicht mehr mit Gebühren belegt werden. Die Freien Wähler dagegen wollen nur die Studienbeiträge für Bachelor oder konsekutive Master streichen, lassen Gebühren für weiterbildende

Der Kampf um die öffentlichen Sportbäder in Köln

In Köln gibt es seit mehreren Jahren eine intensive Auseinandersetzung um die Zukunft der öffentlichen Bäder in der Stadt. Die Linksfraktion und der Kölner Kreisverband haben den Kampf der Initiativen für den Erhalt der Sportbäder in den Stadtteilen aufgegriffen und ganz wesentlich mit geprägt. Die Linksfraktion im Rat der Stadt Köln hat die zurückliegende Sommerpause genutzt, um sich einmal mehr intensiv mit dem Thema Schwimmbad auseinanderzusetzen und hat eine 25-seitige Broschüre erstellt. Der folgende Artikel gibt Teile des Inhaltes dieser Broschüre wieder. Der Beitrag soll einen Gesamtüberblick über den jahrelangen Kampf um die Kölner Bäder geben. Wer Interesse an der Broschüre hat, wendet sich bitte an die Linksfraktion im Kölner Rat (Tel.: 0221/221-27840).

Öffentliche Bäder sind Teil der kommunalen Daseinsvorsorge

Schwimmbäder, in welchen Kinder das Schwimmen lernen, Senioren sich fit halten und ganz normale Bürger Sport treiben, leisten einen wichtigen Beitrag zum öffentlichen Leben. Bäder helfen dabei, die Bevölkerung gesund zu halten. Schwimmen ist eine anerkannte Gesundheitssportart. Der absolut größte Teil der Bevölkerung ist auf öffentliche Bäder angewiesen, nur ein ganz kleiner Teil der Bevölkerung verfügt über ein Privatbad. Schwimmbäder gehören somit zur Daseinsvorsorge. Ein öffentliches Bad kann nicht gewinnbringend betrieben werden. Es bedarf genauso der Subvention, wie Kultur- und Bildungseinrichtungen oder der ÖPNV. In Deutschland wird ein Badegast mit einem Betrag von circa vier bis zehn Euro subventioniert. Die Kölner Bädergesellschaft kommt mit einer Subvention von circa vier Euro im bundesweiten Vergleich sehr gut weg.

Sport- und Spaßbäder

Schwimmbad ist nicht gleich Schwimmbad. Unterschiedliche Bäder übernehmen unterschiedliche Funkti-

onen. Viele moderne Bäder, durchaus in kommunaler Hand, sind für Sport und Schwimmausbildungen nicht geeignet. Zwar kann in diesen Bädern auch geschwommen werden, oft steht das Schwimmen in diesen Anlagen aber nicht mehr im Mittelpunkt. Vielmehr sollen die Besucher die Nebengebäude wie Fitnesscenter, Solarium, Sauna und Gastronomie nutzen. Die Bahnen sind oft weniger als 25 Meter lang, Schwimmbecken sind oft nur 1,80 bis 2,0 Meter tief. Diese Tiefe reicht nicht aus, um vom Ein-Meter- oder gar vom Drei-Meter-Brett zu springen. Sprünge vom Ein- oder vom Drei-Meter-Brett sind aber Teil der Ausbildungen zum Freischwimmer oder für andere Sportabzeichen. Rettungsschwimmer oder Taucherausbildungen brauchen eine Wassertiefe von 3,80 Meter. Unter einem Sportbad versteht man Bäder, die über eine Wassertiefe von mindestens 3,80 Meter, Sprungbretter in ein und drei Metern Höhe und Startblöcke verfügen. Ebenso ist eine Bahnlänge von mindestens 25 Meter erforderlich. DLRG und Schwimmvereine sind dringend auf Sportbäder angewiesen.



Rettet unser Hallenbad !!



Kölner Bäder für alle!

Hintergründe und Argumente
gegen die aktuelle Bäderschließung





DIE LINKE.
FRAKTION IM RAT DER STADT KÖLN

Sportives Schwimmen ist Gesundheitsprävention und rettet Leben

35 Prozent der elfjährigen Kinder in NRW können nicht richtig schwimmen. Über zwei Millionen Kinder in Deutschland sind übergewichtig oder adipös (krankhaft fettleibig). Die Kinder leiden stark unter ihrem Übergewicht. Sie werden von Mitschülern gehänselt oder ausgestoßen. Viele Kinder ziehen sich zurück, verbringen ihre Freizeit vor dem Computer oder dem Fernsehgerät. Der Bewegungsmangel verstärkt das Problem des Übergewichtes und ist verantwortlich für die sogenannte „Volkskrankheit“ Rückenschmerzen, unter denen 61 Prozent der 14- bis 29-Jährigen leiden. Nicht selten kommt es zu Depressionen bei den dicken Kindern, die dann sogar stationär behandelt werden müssen. Gesundheitlich gibt es auch für Kinder kaum einen besseren Sport als Schwimmen. Schüler, die nicht schwimmen können, werden im Sommer ausgegrenzt, wenn die Freunde im Schwimmbad spielen oder schwimmen. Sicheres und sportives Schwimmen schützt Kinder und Jugendliche vor tödlichen Badeunfällen, Schwimmen hilft Übergewicht und Adipositas zu vermeiden oder zu überwinden. Schwimmen kann der sozialen Isolation von Kindern entgegenwirken und das angeschlagene Selbstvertrauen bei dicken Kindern aufbauen.

DLRG und Schwimmvereine übernehmen wichtige gesellschaftliche Aufgaben

Die von der Schließung bedrohten Bäder in den Stadtteilen und Nippes und Weiden liegen zwar nicht in sozialen Brennpunkten, viele der Kinder kommen aber aus problematischen Vierteln, die in der Nähe liegen. Mehrere Hundert Kinder, sehr oft aus Familien mit Migrationshintergrund, lernen beim TUS Nippes Schwimmen. Oft ist der Schwimmverein für diese Kinder und Jugendlichen ein wichtiger Ort des so-

zialen Lernens. Die DLRG bildet junge Leute zu Rettungsschwimmern aus, die im Sommer die vielen Baggerlöcher im Rheinland ehrenamtlich betreuen. Wie wichtig diese Aufgabe ist, zeigt die große Zahl von Badeunfällen, bei denen Menschen zu Tode kommen.

Die Strategie der KölnBäder GmbH

Die KölnBäderGmbH ist eine hundertprozentige Tochter des Stadtwerkekonzerns und ist somit im kommunalen Besitz. Die Bädergesellschaft in Köln macht jährlich circa acht Millionen Euro Verlust. Der Verlust wird vor Steuer vom Mutterkonzern ausgeglichen. Die KölnBäderGmbH betreibt insgesamt 15 Bäder auf dem Kölner Stadtgebiet. Im Gegensatz zu anderen Kommunen wurden in den letzten beiden Jahren mehrere Bäder neu gebaut bzw. generalsaniert. Anfang Oktober 2011 eröffnet ein neues Spaßbad für circa 22 Millionen Euro. Das im letzten Jahr eröffnete Bad erfüllt ebenfalls in keiner Hinsicht die Kriterien eines Sportbades. Gleichzeitig beabsichtigt die Gesellschaft seit Jahren die Schließung von Sportbädern in den Stadtteilen Nippes, Rodenkirchen und Weiden. Dabei verfolgt die Bädergesellschaft eine durchschaubare Strategie: Die Bäder, in denen hauptsächlich geschwommen wird, werden systematisch kaputt gemacht. Es wird nicht saniert und nicht gepflegt. Die Bäder werden künstlich unattraktiv gemacht, zum Beispiel mit verringerten Öffnungszeiten. In einem weiteren Schritt werden die Bäder von öffentlichen Bädern in teilöffentliche Bäder umgewandelt. Die Folge: Die Bäder werden zwar sehr rege von Schulen, Vereinen und anderen angemeldeten Gruppen genutzt, das Bad verschwindet aber immer mehr aus dem Blickfeld der Öffentlichkeit. Somit erhofft man sich weniger Widerstand, wenn das Bad komplett geschlossen werden soll. Bäder in welchen „nur“ geschwommen wird, ermöglichen dem Betreiber keine zusätzlichen Einnahmen. Ein sportiver Schwimmer geht ins Bad, dreht seine Runden und geht wieder nach Hause. Er nutzt weder ein Solarium noch die Gastronomie. Mit diesen Zusatzgeschäften wollen die Betreiber ihren Verlust reduzieren. Deswegen hat die KölnBäderGmbH kein Interesse am Fortbestand oder gar Ausbau von Sportbädern. Das ist ein Verstoß gegen die Aufgaben eines kommunalen Trägers, welcher der Daseinsvorsorge verpflichtet ist.

Die anderen Parteien

Grüne und SPD haben die Mehrheit im Kölner Stadtrat, die Ratsfraktionen zeigen sich bisher uneinsichtig und wollen die Bäder schließen. Die

SPD Parteibasis will das Bad erhalten. Nach anfänglichem Zögern haben sich die SPD Ortverbände in den von der Linken dominierten Initiativen mit eingebracht.

Am fehlenden Geld liegt es nicht

Wie erwähnt, ist die KölnBäderGmbH eine Tochter des Stadtwerkekonzerns, der mit seiner Tochter dem Energieunternehmen Rheinenergie mehrere hundert Millionen Gewinn jährlich erwirtschaftet. Geld, welches die Kölnerinnen und Kölner zuvor mit ihrer Energierechnung an den Stadtwerkekonzern überwiesen haben. Der Betrieb Bäder in Nippes und Weiden kostet 1,4 Millionen Euro pro Jahr. Das ist weniger, als die Zinsen für den Neubau des zuletzt neu eröffneten Spaßbades.

Die Arbeit der Initiativen, Erfolge und Rückschläge

Zu Beginn der Auseinandersetzung standen drei Kölner Bäder zur Disposition. Es haben sich dementsprechend drei Initiativen in den Stadtteilen gebildet. Die Bewegung in Rodenkirchen war von der CDU dominiert. Die Schließung dieses Bades war nach wenigen Wochen vom Tisch. Insbesondere in Nippes hat Die Linke die Initiative seit dem ersten Tag unterstützt. In der jahrelangen Arbeit ist es gelungen, die Schwimmerinnen und Schwimmer so zu unterstützen, dass diese Demonstrationen und Aktionen durchgeführt haben. Durch den Druck der Initiativen konnte die geplante Schließung seit 2003 verhindert werden. Die Initiativen haben gemeinsam mit der Linksfraktion erreicht, dass jedes Bad in Köln nun



einen Beirat bekommen hat. Die Nutzerinnen und Nutzer der Bäder haben somit ein offizielles Sprachrohr.

Ausblick

Am 13.10. wird der Kölner Stadtrat erneut über die Zukunft der Bäder entscheiden. Bis zu diesem Tag wird die Initiative weiter Druck machen. Ein Schwerpunkt der Arbeit wird es sein, die Demokratiedefizite bei dieser Entscheidung herauszustellen und öffentlich zu machen: Nicht nur die betroffenen Bezirksvertretungen lehnen die Schließung der Bäder ab. Im Bürgerhaushalt, der 2008 durchgeführt worden ist, war der Erhalt der Bäder in Nippes und Weiden einer der häufigsten Forderungen. Der SPD Unterbezirksparteitag hat am 19.9.2011 mehrheitlich den Erhalt der Bäder gefordert.

Michael Weisenstein, Köln

Wahlversprechen mit einem „Klax“ weggewischt: HANNOVER. Vollmundig setzte sich die SPD im Kommunalwahlkampf gegen Privatisierungen ein. Busse, Bahnen und Krankenhäuser sollten in öffentlicher Hand bleiben. Von Kindertagesstätten war nichts zu lesen und genau diesen geht es jetzt an den Kragen. Die regionseigenen Kindertagesstätten in Gehrden und Neustadt sollen nach dem Willen der Verwaltung durch Beschluss der Regionsversammlung am 27. September an die Klax Gruppe, einem privaten Unternehmen, übergehen. „Bildung gehört nicht in private Hände“, empört sich der Regionsabgeordnete Stefan Müller über den anstehenden Verkauf. „Hier müssen die Angebote ausgebaut werden, damit der Zugang zu Kinderbetreuung für alle Kinder in der Region gleichermaßen zugänglich bleibt“, so Müller weiter. Der Verkauf ist für die Regions-Linken nicht hinnehmbar. Darüber ob und zu welchen Bedingungen die derzeitigen Mitarbeiterinnen beim neuen Arbeitgeber übernommen werden hat die Regionsverwaltung die Regionsabgeordneten nicht informiert. Das wäre ein Ergebnis der Einbeziehung der Mitarbeiterinnen in den Übernahmeprozess gewesen. „Hier hat keine Mitarbeiterinnenbeteiligung stattgefunden“, mutmaßt Stefan Müller.

www.die-linke.de/nc/politik/kommunal/aktuellesausdenkommunen

DGB und Die Linke vereinbaren Zusammenarbeit: KREFELD. Die Linke im Rat von Krefeld und der DGB haben in wichtigen politischen Fragen Themen und sachbezogene Zusammenarbeit in kommunalpolitischen Fragen vereinbart. „Wir haben gemeinsame Ziele und gemeinsame Forderungen“, teilt Linke Ratsherr Joachim Gabriel, nach einem Gespräch mit dem DGB-Kreisvorsitzenden Ralf Köpke mit. So planen Die Linke, DGB und das Sozialbündnis eine Aktion zum 30-Euro-Ticket vor der nächsten Ratssitzung. „Die Linke wird zwar dem Antrag zum 30-Euro-Ticket zähneknirschend zustimmen, jedoch wollen wir auch darauf hinweisen, dass dies lediglich ein Schritt in die richtige Richtung ist. DGB, Sozialbündnis und Die Linke fordern ein Sozialticket, das den Namen auch verdient. Es darf nicht mehr als 15 Euro pro Monat (Betrag des Regelsatzes Hartz IV) kosten und muss die Mobilität für den Nahverkehr in ganz NRW beinhalten. Auch Ziele, wie eine wesentliche Verbesserung der Ausbildungssituation (1 000 Jugendliche in Krefeld aktuell in Warteschleifen und ohne Lehrstelle) sowie die Einführung von mindestens einer vierten Gesamtschule für Krefeld verbinden DGB und Linke. Wir benötigen die bestmögliche Bildung

für unsere Kinder und dies ist nur durch konsequente Chancengleichheit im Bildungssystem möglich“, waren sich Ralf Köpke und Joachim Gabriel einig. „Der Schulkompromiss der Landesregierung schafft für Krefeld lediglich Friedhofsruhe.“

www.die-linke.de/nc/politik/kommunal/

Ausgeweiteter Hannover-Aktiv-Pass überfällig! HANNOVER. Das unter allen Großstädten bundesweit höchste Armutsrisiko in Hannover zeigt nach Auffassung der Linksfraktion, wie wichtig die linke soziale Opposition im Rat ist. Fraktionschef Oliver Förste erinnert in diesem Zusammenhang an den deutlich ausgeweiteten Hannover-Aktiv-Pass, den Die Linke fordert: „Dieser Pass ist nun überfällig.“ Laut Statistik muss ein Fünftel der Hannoveranerinnen und Hannoveraner mit weniger als 826 Euro im Monat auskommen. Dieser Betrag entspricht weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens der Gesamtbevölkerung. Vom ausgeweiteten Hannover-Aktiv-Pass, wie ihn die Linksfraktion fordert, würden auch die Geringverdiener profitieren, die bisher leer ausgehen. Im Antrag der Linksfraktion, den erst vor kurzem alle anderen Parteien im Rat abgelehnt haben, wird auch ein kostenloses Mittagessen in Kitas und Schulen für Kinder von Leistungsempfängern gefordert. „Das ist mit Sicherheit besser als die Kindertafeln“, betont Förste. Außerdem müsse es dringend Sozialtarife für Strom und Gas der Stadtwerke geben. „Bisher sind viele Hannoveraner mit Strom- und Gassperren konfrontiert. Das heißt ganz konkret, dass die Betroffenen vor allem im Winter in dunklen und kalten Wohnungen ausharren müssen.“ Für die Linksfraktion ist das ein unhaltbarer Zustand. Förste fordert deshalb alle anderen Fraktion im Rat auf, sich noch einmal ernsthaft mit dem linken Antrag zum ausgeweiteten Aktivpass zu befassen.

www.linksfraktion-hannover.de

Minijobs wegen unzureichender Rente: BOCHUM. Die Linksfraktion möchte wissen, wie viele Rentnerinnen und Rentner in Bochum auf einen Minijob angewiesen sind und stellt dazu eine Anfrage im Rat. In den vergangenen Jahren ist das Niveau der gesetzlichen Renten beständig abgesenkt worden. „Neurentner“ erhalten im Westen durchschnittlich 820 Euro, im Osten 800 Euro aus der gesetzlichen Alterssicherung. Das sind Beträge, die deutlich unterhalb der Armutsrisikogrenze von derzeit 929 Euro liegen. „Das Problem der Altersarmut nimmt weiter zu“, so der Vorsitzende der Linksfraktion, Uwe Vorberg. In diesem Kontext beantwortete die Bundesregierung auch eine Anfrage der Linken im Bundestag. Demnach gingen im vergangenen

Jahr rund 660 000 Menschen im Alter zwischen 65 und 74 Jahren einem Minijob oder einer geringfügigen Beschäftigung nach. 400 000 Menschen über 65 Jahre erhalten nach Auskunft der Bundesregierung die staatliche Grundsicherung im Alter. Ein Zuwachs von 55% im Vergleich zu 2003. „Es ist schlimm, wenn immer mehr alte Menschen darauf angewiesen sind, auch im Rentenalter noch zu arbeiten“, so Vorberg. „Wir wollen wissen, wie sich dieser Bundestrend in Bochum niederschlägt.“ Dabei interessiert sich die Linksfraktion besonders dafür, wie viele Frauen betroffen sind. Durch Familienzeiten und schlechte Bezahlung sind sie von Altersarmut besonders stark betroffen. „Wir werden hier in Bochum nicht am großen Rad der Rentenpolitik drehen, das wissen wir“, erklärt Vorberg. „Aber wir können den Finger in die Wunde legen und auf das Problem aufmerksam machen.“

www.dielinke-bochum.de

Obdachlose: Geld für Vertreibung statt Unterstützung: HAMBURG. Der Bild-Zeitung zufolge gibt der Bezirk Mitte viel Geld aus, um Obdachlose von der Kersten-Miles-Brücke an der Helgoländer Allee zu vertreiben. Insgesamt 118 000 Euro für Umbaumaßnahmen und jetzt einen Zaun, der allein 18 000 Euro kosten soll und in dem Artikel als „Anti-Penner-Zaun“ und „Punker-Zaun“ bezeichnet wird. Die Fraktion Die Linke kritisiert diese Maßnahmen scharf. Cansu Özdemir, sozialpolitische Sprecherin, erklärt dazu: „Statt langfristige Lösungen zu suchen und zu finanzieren die allen Beteiligten helfen, setzt der Bezirk Mitte auf Vertreibung und Ausgrenzung. In vielen Bereich wird gekürzt, aber wenn es darum geht Obdachlose zu vertreiben und weiter auszugrenzen, dann ist plötzlich Geld da. Der Bezirk sollte das Geld stattdessen für langfristige und sozialverträgliche Lösungen verwenden. Zudem sind die Argumente für den Zaunbau alles andere als überzeugend: Es gäbe Ärger mit Betrunknen und es würden schwere Straftaten verübt. Warum das gerade an dieser Brücke solche drastischen Maßnahmen rechtfertigen soll, bleibt in unmittelbarer Nähe zur Reeperbahn zweifelhaft.“

www.die-linke-hamburg.de

Fehlentscheidung Optionskommune: ESSEN. Die Ratsfraktion Die Linke sieht sich durch die aktuellen Mittelkürzungen des Bundes für so genannte arbeitsmarktfördernde Maßnahmen aber auch durch die Kostensteigerungen bei der Umstellung der EDV in Essen in ihren Bedenken gegenüber der Optionskommune bestätigt. Die linke Ratsfraktion war in der Ratssitzung im September 2010 die einzige, die aufgrund dieser Risiken die Options-

kommune ablehnte. Hauptbetroffene dieser Mittelkürzung durch den Bund sind aus Sicht der Linken weniger die Leistungsberechtigten, sondern vielmehr das Qualifizierungs- und Beschäftigungsgewerbe, das oft höchst fragwürdige Maßnahmen anbietet bzw. angeboten hat. Gabriele Giesecke, stellvertretende Fraktionsvorsitzende und Mitglied im Sozialausschuss: „Aus unserer Sicht ist es allerdings ein Skandal, dass die Bundesregierung unter dem Deckmantel der ‚Arbeitsmarktsinstrumentenreform‘ die Mittel für die Arbeitsmarktpolitik weitgehend ersatzlos streicht. Das umfangreiche Kürzungsprogramm der Bundesregierung geht zu Lasten vor allem der Langzeitarbeitslosen, sinnvolle Qualifizierungsmaßnahmen und eine vernünftige Arbeitsmarktpolitik lassen sich damit nicht entwickeln. Insofern lösen sich die Blütenträume der Stadt über die Chancen als Optionskommune in Nichts auf.“ Die Linke geht davon aus, dass weitere Umstellungsmehrkosten für die Stadt Essen anfallen werden – ohne entsprechenden Ausgleich des Bundes zu erhalten. So konnte Dezernent Renzel in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses auf Nachfrage nicht zusichern, dass die vom Bund zur Verfügung gestellten Mittel ausreichen werden.

www.linksfraktion-essen.de

Links wirkt: Sparkasse schafft Transparenz über Vorstandsvergütung: KÖLN. Erstmals hat die Sparkasse KölnBonn mit dem Jahresabschluss 2010 die Vorstandsvergütung individualisiert ausgewiesen. Das ist das Ergebnis einer Transparenzinitiative, die die Vertreter der Linksfraktionen aus Köln und Bonn im Dezember 2010 in die Zweckverbandsversammlung trugen. Es ist richtig und überfällig, dass die Sparkasse bei den Vorstandsbezügen die Karten auf den Tisch legt. „Als öffentliches Institut ist die Sparkasse dem Gemeinwohl verpflichtet. Die Öffentlichkeit hat daher auch einen Anspruch auf Offenlegung der Vorstandsvergütung als Grundlage für eine Diskussion über deren Angemessenheit“, erklärt Gisela Stahlhofen, Mitglied der Sparkassen-Zweckverbandsversammlung und Sprecherin der Linksfraktion Köln. „Das gilt insbesondere vor dem Hintergrund, dass die Sparkasse KölnBonn in der jüngeren Vergangenheit wegen Misswirtschaft und Fehlspekulation finanzielle Unterstützung der Trägerstädte in Höhe von 500 Millionen Euro in Anspruch nehmen musste“, so Dr. Michael Faber, Mitglied der Sparkassen-Zweckverbandsversammlung und Vorsitzender der Linksfraktion Bonn. Im Hinblick auf diese erhebliche Belastung der finanziell angeschlagenen Trägerstädte und angesichts des massiven Abbaus

von Personal und Kundennähe durch Filialschließungen kritisiert Die Linke die Höhe der Vorstandsvergütungen. „Der in 2010 nach vielen Verlustjahren erstmalig wieder erwirtschaftete Jahresüberschuss ist maßgeblich auf die schmerzhaften Beiträge von Beschäftigten, Kunden und Trägerkommunen zurück zu führen. Maßvollere Vorstandsvergütungen, unterhalb der durchschnittlichen 55.721 Euro, die etwa der Vorstandsvorsitzende Grzesiek monatlich erhält, stünden der Sparkasse vor diesem Hintergrund gut zu Gesicht“, ergänzt Faber. Wenigstens sind die Gesamtvergütungen im vergangenen Jahr um rund 10 Prozent gesunken. Diese Richtung stimmt!

www.linksfraktion-koeln.de/

Bundeswehrreform: Kiel braucht jetzt ein Konzept zur Konversion! KIEL. Die Ratsfraktion Die Linke will handeln. Kiel muss jetzt in die Lage versetzt werden auf die möglichen Standortentscheidungen des Verteidigungsministeriums zu reagieren. „Die Bundeswehrreform ist da. Ein Hauptziel ist die Verschlinkung der Armee. Das bedeutet: Bundeswehrstandorte wie Kiel stehen zur Disposition. Kiel ist darauf derzeit nicht vorbereitet. Statt sich zu überlegen, wie man im Fall der Fälle eine Konversion organisiert und gute Konzepte entwickeln kann, sehen der Oberbürgermeister und die Kooperation aus SPD und Grünen einmal mehr zu, wie das Kind in den Brunnen fällt“, so der Fraktionsvorsitzende Florian Jansen. Am 26. Oktober will der Bundesverteidigungsminister bekannt geben, welche Bundeswehrstandorte geschlossen werden. Es ist keine Schwarzmalerei, wenn man davon ausgeht, dass Kiel danach nicht länger in der jetzigen Form bzw. im jetzigen Umfang Standort sein wird. Daran ändern auch die Ankündigung, die Marine zu stärken, nichts. Es ist anzunehmen, dass größere Flächen im Stadtgebiet frei werden, beispielsweise beim Marinefliegergeschwader. Außerdem wird der Stadt im Falle eines (Teil-)Abzugs auch eine nicht unerhebliche Wirtschaftskraft verloren gehen. Derzeit hat die Stadt kein Konzept wie in diesem Fall, beispielsweise mit einem Konversionsmanager, die Probleme bewältigt und die Chancen, die sich durch einen (partiellen) Abzug der Bundeswehr bieten, genutzt werden können. Deswegen stellt Die Linke zur Ratsversammlung am 29.9.2011 einen entsprechenden Antrag. Bei den zwangsläufig folgenden Überlegungen wird Die Linke darauf drängen, dass der angespannte Wohnungsmarkt in Kiel durch Wohnbebauung entlastet wird, anstatt wie Thorsten Albig schon angekündigt hat, vordringlich auf noch mehr Gewerbeflächen zu setzen.

www.linksfraktion-kiel.de

Appell an den Bund: Keine Steuersenkungen auf Kosten der Kommunen: KONSTANZ. Der Deutsche Städtetag hat eindringlich an die Bundesregierung appelliert, keine Steuerentlastungen mit neuen Steuerausfällen für die Kommunen zu beschließen. Nach einer Präsidiumssitzung des kommunalen Spitzenverbandes in Konstanz sagte der Präsident des Deutschen Städtetages, der Münchner Oberbürgermeister Christian Ude: „Die Kassenkredite der Kommunen haben nach neuesten Zahlen die schwindelerregende Rekordhöhe von 42,9 Milliarden Euro erreicht. Das heißt: Kommunen können in diesem Ausmaß laufende Ausgaben etwa für Kinderbetreuung oder Unterkunftskosten für Langzeitarbeitslose nicht mehr aus ihrem Haushalt bezahlen. Steuersenkungen würden in dieser Lage die Probleme der Städte noch verschärfen.“ Falls es tatsächlich zu Steuersenkungen kommen sollte, müssten den Kommunen, die mit 15 Prozent an der Einkommensteuer beteiligt sind, die Verluste ausgeglichen werden. Wie der Bund das aber alles finanzieren wolle, bleibe bisher sein Geheimnis, so Ude. Die Städte hätten in der Vergangenheit immer deutlich gemacht, dass sie Steuersenkungen nicht generell ablehnen. Viele Kommunen könnten angesichts ihrer kritischen Haushaltslage jedoch neue Steuerverluste auf keinen Fall verkraften.

Ude begrüßte den Aufwärtstrend bei der Gewerbesteuer, die sich nach den Einbrüchen vor allem im Jahr 2009 wieder rasch erhole. Bis zum Jahresende 2011 wachse das bundesweite Volumen der Gewerbesteuer voraussichtlich auf etwa 39 Milliarden Euro und rücke damit wieder nahe an den Wert von 2008 vor der internationalen Finanzkrise heran. Allein im ersten Halbjahr 2011 habe die wichtigste Steuer der Städte nach einer Umfrage des Deutschen Städtetages bei rund 100 Städten um 19 Prozent zugelegt – eine Entwicklung, die sich bis zum Jahresende voraussichtlich wieder abschwächen werde. „Die Städte sind trotz der guten Entwicklung der Gewerbesteuer aber noch längst nicht über den Berg. Die Altdefizite drücken viele Kommunen gewaltig, und neue Herausforderungen warten bereits: Die Schuldenbremse in den Ländern darf in den nächsten Jahren nicht auf Kosten der Kommunen durchgesetzt werden“, forderte Ude. Schulden auf andere zu verlagern sei keine seriöse Alternative zur Konsolidierung in den Landeshaushalten, sondern würde die Handlungsfähigkeit der Kommunen weiter einschränken. Das ginge zu Lasten der Bürgerinnen und Bürger, warnte der Städtetagspräsident.

www.staedtetag.de

Zusammenstellung: ulj



Verdi-Bundeskongress ohne große Kontroversen

Mit über 1 000 Anträgen haben sich die verschiedenen Verdi-Gliederungen auf dem Kongress zu Wort gemeldet. Die Themen reichten von „Krieg und Frieden“ und „Eurokrise“ über Leiharbeit und Forderungen nach Arbeitszeitverkürzungen bis zu Schutzrechten von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und Forderungen nach Tarifverträgen in kirchlichen Einrichtungen.

Von vielen Delegierten hört man die Aussage: Der Kongress gab wichtige politische Orientierungen, konnte aber nicht die Frage beantworten, wie die Gewerkschaften in der Bundesrepublik aus der Defensive kommen.

Die Diskussion über die Arbeitsbedingungen bei den Kirchen nahm wegen der aktuell stattfindenden Protest- und Streikaktionen großen Raum ein. Dazu wurde folgendes beschlossen: „Die beiden großen christlichen Kirchen in Deutschland sind ein tragender Teil im Sozial- und Gesundheitswesen. Kirchliche Krankenhäuser, Kindertagesstätten, Einrichtungen der Jugendhilfe, der Pflege für alte Menschen und Menschen mit Behinderung tragen mit ihrer Arbeit maßgeblich zur Grundversorgung der Bevölkerung im Bereich Pflege, Gesundheit und Soziales bei. Mit insgesamt ca. 1,3 Millionen Beschäftigten sind die Kirchen und ihre sozialen Einrichtungen die größten Arbeitgeber in der Bundesrepublik Deutschland. Die Finanzierung der Arbeit von Diakonie und Caritas erfolgt dabei nahezu ausschließlich aus Steuer- und Sozialversicherungsmitteln. ... Verdi fordert daher die gleichen Arbeitnehmerinnen-/Arbeitnehmerrechte für kirchlich Beschäftigte wie bei Lidl, Karstadt, Lufthansa oder anderswo: Das als „Dritter Weg“ bezeichnete kirchliche Arbeitsrecht ist abzuschaffen, den kirchlichen Beschäftigten sind die vollen gewerkschaftlichen Rechte, wie in weltlichen Betrieben zuzugestehen. Es sind unverzüglich Tarifverhandlungen mit der Verdi Gewerkschaft aufzunehmen. Das Streikrecht als Teil der Tarifautonomie ist auch für Beschäftigte in kirchlichen

Kommunale Politik

Einrichtungen zu gewährleisten. Nur auf diese Weise können die Löhne und die Arbeitsbedingungen gleichgewichtig und auf Augenhöhe ausgehandelt werden. Verdi fordert, dass das Betriebsverfassungsgesetz und die Gesetze zur Unternehmensmitbestimmung auch in kirchlichen Einrichtungen volle Anwendung finden. Der Ausschluss von über einer Millionen Menschen in Deutschland von grundlegenden Arbeitnehmerinnen-/Arbeitnehmerrechten ist kein „zivilisatorischer Fortschritt“, wie der Diakonie-Arbeitgeberverband VdDD propagiert, sondern ein die Demokratie und den Sozialstaat beeinträchtigender Missstand.“

Längere Diskussionen gab es auch zur Forderung nach Arbeitszeitverkürzung. Die Bandbreite der über 50 Anträge zu diesem Thema reichte von der Forderung nach einer Arbeitszeit von 24 Wochenstunden bis zur 35-Stunden-Woche. Alle Anträge mit einer konkreten Forderung fanden keine Mehrheit. Die vom Gewerkschaftsrat vorgelegte und angenommene Entschließung wendet sich vor allem gegen den die Forderung der Arbeitgeber nach einer Verlängerung der Arbeitszeit und benennt verschiedene Formen zur Gestaltung von Arbeitszeit.

Ein anderer ebenfalls beschlossener Antrag öffnet zumindest die Tür für weitere Debatten:

„Verdi setzt sich für eine menschengerechte Gestaltung der Arbeitsplätze ein. Dazu gehören Sicherheit, Flexibilität und eine gute Balance zwischen Arbeit, Freizeit und Familie. Auf gar keinen Fall gehört dazu die von Arbeitgebern geforderte Verlängerung der Arbeitszeit oder eine Flexibilisierung von Arbeitszeit zu Lasten der Menschen. Arbeitszeit ist ein entscheidender Faktor bei der Umsetzung von guter Arbeit und hat immer auch mit Verteilungsfragen zu tun. Verdi wird daher einen neuen Vorstoß für eine Debatte um die Gestaltung der Arbeitszeit und einer Verkürzung der Arbeitszeit organisieren. Hierbei soll es ebenso um kreative, familien- und gesellschaftsfreundliche Lösungen zur Gestaltung der Arbeitszeit gehen, wie auch um eine Neuaufgabe der Diskussion um Arbeitszeitverkürzungen in der gesellschaftlichen und tarifpolitischen Debatte der Gewerkschaften. Der Bundesvorstand wird aufgefordert, die erforderlichen Bedingungen für eine intensive Diskussion zu organisieren und dafür Sorge zu tragen, dass die Ergebnisse und Schlussfolgerungen dieser Debatte in künftigen Initiativen und Forderungen umgesetzt werden.“ Es kommt jetzt darauf, dass die Kolleginnen und Kollegen in den Betrieben und Gewerkschaftsgliederungen vor Ort diese „Initiativen“ vom Bundesvorstand auch einfordern!

Marion Pufal

Daimler Stuttgart: Betriebsrat erreicht Ergonomieoffensive in Montagen

Scheibenwischer, Zeitung der IG-Metall-Betriebsräte, Daimler Stuttgart-Untertürkheim

Im Mai hatten wir im „Scheibenwischer“ den Aufmacher, dass BMW für das Projekt „Heute für Morgen“ den Zukunftspreis „Fabrik des Jahres“ erhalten hat. Mercedes hat daraufhin für das dritte und vierte Quartal eine Ergonomieoffensive für das Werk Untertürkheim angekündigt.

Verstecken? Montagearbeit, wie wir sie bei Mercedes haben, ist belastend, und die Gestaltung der Arbeitsplätze lässt zu wünschen übrig. Darüber sind sich alle Kritiker einig. Dass die Fabrikwelt differenzierter angeschaut werden muss, zeigt das Projekt bei BMW. Betrachtet man die bayerischen Aktivitäten genauer, finden sich dort ergonomische Themen, die es bei uns am Standort ebenso gibt. Positiv formuliert: Verstecken brauchen wir uns bei Mercedes eigentlich nicht, doch noch immer gibt es bei uns Montagearbeitsplätze, die voll auf die Knochen gehen.

Ganz konkret: Der Betriebsrat begrüßt und unterstützt die Ergonomieoffensive der Firma. Die Offensive sieht vor, sich ganz konkret in jedem Center, eben jene Montageplätze anzusehen, die auf die Knochen gehen. Der Betriebsrat hat dazu alle seine Mitglieder, die ihren Arbeitsschwerpunkt in einer Montage haben, aufgefordert, solche Arbeitsplätze zu benennen. Weil es wichtig ist, sei es noch einmal formuliert: Es geht 2011 darum von



In dieser Haltung muss der Kollege in PAC/ACM Hinterachsen montieren. Das Montageband EMO 2 ist für seine Körpergröße viel zu niedrig. Solche Arbeitsplätze machen krank.

einem Pauschalurteil wegzukommen, die Montage XY ist schlecht gestaltet und deshalb wird man dort krank. Bei der Ergonomieoffensive sind deshalb einzelne Handarbeitsplätze in einer Linie zu nennen, die am dringendsten in Ordnung gebracht werden müssen.

Mischt euch ein! Ladet euren IG-Metall-Betriebsrat in das Gruppengespräch ein und legt gemeinsam fest mit welcher „Baustelle“ bei euch angefangen werden muss. Die Absprache im Betriebsrat sieht so aus, dass jeder Betriebsrat zunächst zwei bzw. drei Plätze benennt. Diese Konzentration soll schnelle und konkrete Abhilfe bringen. Ist diese erste Liste erledigt, wird es eine weitere Runde geben. Dann werden die als kritisch benannten Arbeitsplätze ebenso konkret angegangen und das solange, bis Untertürkheim den Zukunftspreis als Fabrik des Jahres erhält. Dieter Gerlach, Betriebsrat

IG Metall Umfrage: Betriebsräte bestätigen steigenden Arbeitsstress

Eine tickende gesellschaftliche Zeitbombe

Über Stress bei der Arbeit redet fast jeder. Burn-out ist eines der Top-Themen in Zeitungen und Magazinen. Auch die IG Metall kümmert sich schon lange um den Zusammenhang zwischen Arbeitsbedingungen und psychischer Gesundheit. Jetzt hat sie neue Daten erhoben und drängt auf mehr Prävention.

Die IG Metall wollte es genau wissen: Wie sehr sind die Mitglieder der ihr zugehörigen Branchen von arbeitsbedingtem Stress betroffen? Sie hat Betriebsräte dazu befragt. Die Rückmeldungen von fast 3 900 Betriebsräten zeigen: Es gibt eine drastische Zunahme psychischer Beschwerden. Die Teilnehmer der Umfrage kamen überwiegend aus den Bereichen Stahlindustrie, Autoindustrie, Maschinenbau und Elektroindustrie. Erschöpfung und Burn-out sind längst in Werkstätten, Fabrikhallen und Büros angekommen und eben keine „Managerkrankheit“



mehr von Menschen, die mal „total gebrannt“ haben. Burn-out ist ein Problem der ganzen Gesellschaft.

Betriebsräte bewerten aus ihrer Erfahrung heraus

Die Befragung der Betriebsräte bietet folgende Fakten: 86 Prozent der Be-

triebe haben einen Anstieg psychischer Erkrankungen als ernstes Problem erkannt. Allerdings gibt es eine Diskrepanz zu dem, was tatsächlich dagegen getan wird. Denn: 69 Prozent der Befragten sind der Auffassung, dass es in ihrem Betrieb keine oder zu wenig Hilfe für Betroffene gibt. Dazu passen auch die 73 Prozent, die sagen, dass in ihrem Unternehmen grundsätzlich mehr für Gesundheitsschutz getan werden müsste. Und klar wurde auch: In der letzten Wirtschaftskrise sind Stress und Leistungsdruck gestiegen.

Hans-Jürgen Urban, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall, fasste am Dienstag auf einer Pressekonferenz zusammen: „Wir sehen eine Ursache für die zunehmende Gefährdung der psychischen Gesundheit der Beschäftigten im Anstieg des arbeitsbedingten Stresses und des Leistungsdrucks in den Unternehmen.“

Prävention schützt einzelne und alle

Die IG Metall ist nicht die einzige Organisation, die den Arbeitsstress und

dessen Folgen als dramatisch einstuft. Krankenkassen veröffentlichen steigende Zahlen bei psychischen Diagnosen. Ärzte und die Weltgesundheitsorganisation stufen die seelischen Belastungen am Arbeitsplatz als bedenklich ein. Und das Statistische Bundesamt verkündet eine passende Zahl: 27 Milliarden Euro belasten unsere Krankenkassen jedes Jahr. Der BKK-Bundesverband ermittelte dazu den Produktionsausfall von 26 Milliarden Euro. Durch Leistungsdruck gewinnt also niemand. Die Betroffenen nicht, die Arbeitgeber nicht und die Gesellschaft nicht. Im Gegenteil. Hans-Jürgen Urban bezeichnet das als „tickende gesellschaftliche Zeitbombe“.

Die IG Metall drängt auf mehr Prävention: Genauso wie man die Arbeitnehmer vor giftigen Gasen oder Presslufthammer-Lärm schützt, so soll die Psyche geschützt werden. Bislang gibt es dazu nur freiwillige Vereinbarungen. Die IG Metall fordert verbindliche Präventionsregeln und will dafür Betriebe und Politik wachrütteln.

Weltbankenverband IFF fordert Beitrag privater Gläubiger zur Krisenbewältigung Griechenlands.

FAZ, Mo., 26.9.2011. Der Vorsitzende des IFF, J. Ackermann, forderte die Regierungen in Europa zu einem abgestimmten Kurs zur Lösung der Euro-Schuldenkrise auf. Er bekräftigte, dass auch die Banken ihren Teil zur Lösung der Schuldenkrise beitragen wollten. So forderte er die privaten Gläubiger Griechenlands auf, sich an dem neuen Hilfspaket zu beteiligen. Bislang machen rund 75 % der Investoren mit – der IFF hofft auf 90 %. Der Verzicht auf 21 % der Forderungen gegenüber dem griechischen Staat bringe Griechenland bis 2020 eine Entlastung von 300 Mrd. Euro und dürfe nicht nochmal zur Verhandlung frei gegeben werden. Bundesfinanzminister Schäuble hatte während der Jahrestagung des IWF angedeutet, die private Beteiligung von Banken könne überdacht werden. Dagegen wandte sich auch A. Schmitz, Präsident des privaten deutschen Bankenverbandes: „Absprachen müssen eingehalten werden, sonst löst man einen neuen Vertrauensverlust aus und womöglich neue Kettenreaktionen an den Finanzmärkten.“

BDA fordert intensivere Integration Europas.

Allgäuer Zeitung, Mi., 28.9.11. „Wir wollen und müssen den Euro und Europa stabilisieren,“ sagt Arbeitgeberpräsident D. Hundt. Nur so ließen sich Wohlstand und Arbeitsplätze sichern. Eine gemeinsame Währung verlange, dass nationale Souveränität zugunsten gemeinsamen europäischen Handelns übertragen werde. Im Gegenzug fordert Hundt automatische Sanktionen gegen Staaten, wenn die Stabilitätskriterien verletzt werden. Eine Rückkehr zur D-Mark lehnt er scharf ab: Dies wäre brandgefährlich, da eine wiederingeführte Mark sofort stark aufwerten würde und sich die Güter deutscher Exportfirmen im Ausland stark verteuerten.

Rüstungsindustrie muss sparen.

FAZ, Mi., 28.9.11. Der europäische Rüstungsindustrie-Marktführer BAE streicht 3000 Stellen in Großbritannien, weil mehrere Abnehmerländer Einsparungen bei ihren Rüstungshaushalten vornehmen. U.a. wollen Deutschland, Großbritannien, Italien und Spanien die Produktion weiterer Kampfflugzeuge vom Typ Eurofighter drosseln. Die Verzögerungen beim Eurofighter treffen auch den BAE-Partner EADS und dessen von Deutschland aus geführte Rüstungssparte Cassidian. Die deutsche Luftwaffe muss eventuell auf die bisher geplanten 37 Eurofighter verzichten. Das Eurofighter-Konsortium hofft auf Bestellung aus anderen Ländern: EADS rechnet sich gute Chancen aus, den Zuschlag für die Lieferung von 126 Kampfflugzeugen an die Inder zu erhalten.

Zusammenstellung: rst



Jugend-Aktionstag der IG Metall

„Laut und stark“ – unter diesem Motto hat die IG Metall zum großen Jugend-Aktionstag in Köln mobilisiert. Über 20 000 Menschen demonstrierten gegen prekäre Beschäftigung, für bessere Zukunftsperspektiven und die unbefristete Übernahme nach der Ausbildung. Die Aktion gehört zu der Kampagne der IG Metall „Charta Junge Generation“ (s. PB 7/11). Für die kommende Tarifrunde will die Gewerkschaft die Verankerung der unbefristeten Übernahme aller Auszubildenden zu einem Schwerpunkt machen. Denn derzeit wird nach eigenen Angaben nur etwa die Hälfte übernommen – und das meist nur befristet. 40 Prozent der unter 25-Jährigen arbeiten in Praktika, Leiharbeit oder Teilzeitjobs und 28 Prozent der unter 35-Jährigen hatte

noch nie einen festen Job.

Der Strategiewechsel zu einer besseren jugendpolitischen Arbeit, der auf dem letzten Gewerkschaftstag vor vier Jahren beschlossen wurde, zählt sich jetzt aus. So kann die IG Metall zum ersten Mal seit 22 Jahren in diesem Jahr wieder einen Mitgliederzuwachs verzeichnen, um fast 4 000 auf jetzt 2,227 Mio. Metaller, und darin sind die neuen Auszubildenden noch nicht enthalten.

Derweil bereitet die IG Metall ihren nächsten Gewerkschaftstag vor, der vom 9. bis zum 15. Oktober stattfinden wird. Näheres dazu in der nächsten Ausgabe der „Politischen Berichte“. Im vorigen Artikel dokumentieren wir aus einer Studie zu den Folgen steigender Ausbeutung in den Betrieben.

Thorsten Jannoff

Din wa daula – Religion und Politik in der islamischen Theologie II

Dieser Artikel setzt die Untersuchung fort, die im vorigen Heft der Politischen Berichte begonnen wurden. Im ersten Teil befassten wir uns mit den theologischen Vorstellungen aus der Gründungszeit des frühen Islam vor 1400 Jahren und dem darauf folgenden Mittelalter. Hierbei war der Überfall durch die Mongolen im 13. Jahrhundert ein tiefer Einschnitt im Denken und Leben des Islam. Ein ähnlicher Schock erfasste die islamischen Gelehrten und Philosophen, als zu Beginn des 19. Jahrhunderts die bisher kaum wahrgenommene westliche Welt ihnen durch naturwissenschaftlichen Fortschritt und Industrialisierung überlegen zu werden drohte und sie auch militärisch unterwarf. Wie sie darauf reagierten, damit befasst sich dieser Artikel. Dabei gilt wie bisher: „Nicht nur im Blick auf die heutige Weltpolitik, sondern auch im Umgang mit den Menschen, die zum Islam gehören und seit langem in unserem Land leben, mag es sehr nützlich sein, sich mit diesen Fragen zu befassen.“

Der Westen bringt Industrialisierung und Kolonialismus

Im Islam-Lexikon der Professoren Khoury, Hagemann und Heine, erschienen 1991 im Herder-Verlag, heißt es: „Der Islam versteht sich als die letzte Offenbarung Gottes an die Menschheit. Es gab daher für die Muslime lange Zeit keine Veranlassung, Vorstellungen und Entwicklungen in Staaten oder Kulturen zur Kenntnis zu nehmen, die diese Offenbarung ablehnten. Hinzu kam, dass das islamische Mittelalter eine kulturelle Blüte erlebte, die in wissenschaftlicher, technologischer und literarischer Hinsicht ihresgleichen sucht. Auch in militärischer Hinsicht bestand lange Zeit eine beträchtliche Überlegenheit der islamischen Heere gegenüber den Truppen anderer Kulturen. Die islamische Welt schaute auf das christliche Abendland des Mittelalters mit Verachtung herab. Nur widerwillig unterhielt man indirekte Kontakte. Vor allem nachdem die verschiedenen Kreuzzüge beendet und die europäischen Ritter vertrieben worden waren, wurde Europa zu einer unbedeutenden Größe in den Augen der Muslime.“

Anders reagierte die muslimische Welt, als das mongolische Weltreich die arabischen, persischen, indischen und ostasiatischen Gebiete militärisch überrannte und den Islam ideologisch unterwarf (siehe Politische Berichte 9/11). Ein ähnlicher Schock traf die islamische Welt, „als 1798 in Ägypten ein französisches Expeditionskorps

unter dem Kommando von Napoleon Bonaparte in Ägypten landete und die als die beste Truppe der Welt geltende Armee der dort herrschenden Mamluken ohne Schwierigkeiten aufrieb. Napoleon war jedoch nicht nur mit militärischem Personal und aus strategischen Überlegungen nach Ägypten gekommen. Er führte eine Druckerpresse mit, mit deren Hilfe er Flugblätter in arabischer Sprache herstellen ließ, die die Ägypter mit den Idealen der Französischen Revolution bekanntmachen sollten. Er wurde von einem Stab von Wissenschaftlern unterschiedlichster Disziplinen begleitet, die auch den Kontakt mit Vertretern der traditionellen islamischen Gelehrsamkeit suchten. Diese wurden nun mit den verschiedensten wissenschaftlichen Einrichtungen, Methoden und Instrumenten bekanntgemacht, die den ihren beträchtlich überlegen waren. Ihre Reaktionen können nur als „Kulturschock“ beschrieben werden. Hier wurde das Weltbild traditioneller, von ihren Kenntnissen und Qualifikation und von deren Bedeutung überzeugter Männer erschüttert.“

Die häufigste Reaktion der islamischen Welt auf diese Herausforderung durch den Westen war zunächst einmal das Bemühen, möglichst viel von diesen neuen Kenntnissen zu erfahren und manches nachzuahmen. Vor allem das mächtige Osmanische Großreich, das als einziges islamisches Land Grenzkontakte zu Europa hatte, fand als erstes den Zugang zu der Industrialisierung, dem wissenschaftlichen Fortschritt und dem Angebot von Massenware der westlichen Welt. Bald wurden diese Modernisierungsanstrengungen vor allem auf militärischem, naturwissenschaftlich-medizinischem und ökonomischem Gebiet auch von anderen islamischen Ländern unternommen. Dabei gerieten sie allerdings zunehmend unter die Herrschaft der europäischen Kolonialmächte, in jedem Fall aber unter deren kulturellen, sozialen und politischen Einfluss. Was von manchen begeistert aufgenommen wurde, geriet aber bald als „Überfremdung“ unter die Kritik der islamischen Gelehrten und Agitatoren.

Als Gegenentwurf die islamistische Theologie

Schon die Quellentexte des Islam lassen eine starke Betonung des politischen Aspekts zu. Grundsätzliche ist die Theologie Muhammeds im Koran, der Hadith und Sunna religiös, sozial, staatspolitisch und militärisch

geprägt. Sie lässt auch sehr bald mehrere islamische Staatsgebilde entstehen. Seit der neuen Begegnung mit den westlich-christlichen Ländern im ersten Drittel des 19. Jahrhunderts wird von vielen Menschen der muslimischen Welt der Islam erneut vorrangig als politische Religion angesehen. Dafür wird allgemein der Begriff Islamismus verwendet.

Einer der frühesten bedeutendsten Vertreter dieses politisch verstandenen Islams ist der aus dem schiitischen Iran stammende Djamal ad-Din al-Afghani (1838-1897). Er hat seinen Nachnamen übrigens selber gewählt, um seine schiitische Herkunft zu verschleiern und sich dadurch als „biederer“ Sunnit darzustellen. Als einer, der mit den religiösen und philosophischen Ideologien seiner Zeit bestens vertraut war – er lebte in Kabul, Kairo und Istanbul – und über das Kolonialreich in Indien Kontakt mit der zeitgenössischen Naturwissenschaft bekam, betätigte er sich sehr früh als politischer Aktivist gegen die Briten. Er erkannte, dass die einzige ideologische Basis, auf der der Kampf gegen den Imperialismus erfolgreich geführt werden konnte, ein neu verstandener Islam sein musste. Er versuchte, den Geist von jedem Dogmatismus und der blinden Nachahmung bekannter Werke zu befreien und mit Hilfe der Reflexion und des Verstandes zu einem neuen Verständnis dessen zu kommen, was der Koran vorschrieb.

Al-Afghani setzte sich gleichzeitig dafür ein, technische und politische Neuerungen aus dem Westen zu übernehmen, um den Widerstand der kolonialen Herrschaft zu brechen und um eine freie islamische Welt zu schaffen. Für ihn hatte dabei die politische Machtfrage oberste Priorität, zu deren Zweck er auch geeignete politische Kompromisse und Bündnisse einzugehen vorschlug und die Erstellung von Verfassungen propagierte. Er betätigte sich im Vorderen Orient, Indien und in Europa (Paris, London, Russland) als Publizist, so z.B. mit dem Pamphlet „Widerlegung der Materialisten“ (arab.: al-radd ala l-dahriyyin) und durch die Herausgabe einer ersten arabisch-sprachigen Zeitung „Die festeste Handhabe“ (arab.: al-urwa al-wuthqa). Sein besonderes Ziel war die Änderung und Verbesserung des Bildungssektors. Dank seines großen Einflusses auf Schüler in den verschiedensten Ländern der islamischen Welt kann er als der eigentliche Gründer-vater des politischen Islam angesehen werden. Nach ihm entstanden unter



Im 19. Jahrhundert besetzten die europäischen Mächte weite Teile der arabischen Welt. Sie brachten Industrialisierung und naturwissenschaftlicher Fortschritt mit – wie hier durch den Bau des Suez-Kanals in Ägypten durch den Franzosen Lesseps, eröffnet 1869. Darauf reagierten die islamischen Herrscher und Gelehrten mit Anpassung und Widerstand.

dem Vorzeichen des so genannten Islamismus drei wesentliche Richtungen: die modernistische, traditionalistische und salafistische.

Die Modernisten entdecken die Menschenrechte im Koran

Im Frühjahr 1883 schloss sich der im Exil befindliche Ägypter Muhammed Abduh – er hatte gegen die Regierung durch den britenfreundlichen Khediven Muhammed opponiert – dem in Paris weilenden al-Afghani an, mit dem zusammen er die oben genannte Zeitschrift herausgab und eine gemeinsame Politik gegen den englischen Kolonialismus in seinem Land entwarf. Die Vorstellung, dass sich der Islam als die schwächere Religion erweisen sollte, war für Abduh nicht akzeptabel. Er verstand die beschämende historische Situation der Unterlegenheit gegenüber dem Westen als eine Strafe und Mahnung Gottes an die Muslime. Sie seien lange vor dem 19. Jahrhundert vom wahren Glauben abgefallen. Die Muslime hätten sich von den Idealen der frühen islamischen Zeit unter Muhammed, seiner Gemeinde – der „umma“ – und den Richtlinien des Koran gelöst. Statt die Einheit der Religion zu wahren, habe man sich im Lauf der Geschichte in gegnerische Gruppen aufgespalten, die verknöchert an der jeweiligen Schultradition festhielten. Besonders kritisierte er dabei die sufi-schen Mystiker. Nun gelte es, den alten Grundprinzipien wieder zu folgen. Wie al-Afghani wollte Abduh dies vor allem über Reformen im Bildungssektor erreichen. Was er auch praktisch tat, als er nach seiner Rückkehr nach Kairo als

Oberster Mufti der zentralen al-Azhar-Moschee tätig werden durfte.

Diese Neubesinnung sollte allerdings im Lichte der Vernunft und in Übereinstimmung mit der modernen Welt geschehen. Da, wo der Koran der Vernunft zu widersprechen scheine, müsse er im „übertragenen“ Sinn verstanden werden. So fordere der Koran nicht nur zum Betreiben naturwissenschaftlicher Forschungen auf, sondern enthalte selbst mehr oder weniger verschlüsselte Hinweise auf erst in unserer Zeit entdeckte naturwissenschaftliche Erkenntnisse. Eine Apologetik, die zu dem Schluss kommt, dass z.B. auf die zur Zeit Abduhs in Ägypten installierte Eisenbahn bereits im Koran hingewiesen worden sei. Auf ebensolche Weise werden auch heute noch Erkenntnisse der Astrophysik oder Erfindungen der Biologie im Koran aufgespürt.

Abduh versucht nicht nur Vorwürfe des modernen westlichen Denkens gegen den Islam zu entkräften, sondern wirft seinerseits den christlichen Europäern vor, mit ihren rassistischen, antisemitischen Strömungen und ihrer Neigung zu Irrationalität und Jenseitsglauben unfähig zu sein, die Vernunft zu gebrauchen und Toleranz zu üben. Erst durch die Begegnung mit den Muslimen im Mittelalter habe sich bei den Europäern das Licht der Kultur entfalten können. Diese Grundthesen des islamischen Modernismus, die heute weit verbreitet sind, ermöglichen es, nicht mehr im Widerspruch zu Industrie und Technik, zu Menschenrechten, Demokratie und gesellschaftlichem Fortschritt zu stehen. So deutet der türkische Theologe Zekeriya Beyaz die

Koran Sure 4, Vers 59 „Und wenn ihr über einer Sache uneins seid, dann bringt sie vor Gott und seinen Gesandten...“ als eine Aussage für ein modernes parlamentarisches System: „So werden auch in diesem einige wichtige, grundsätzliche Besonderheiten des islamischen Systems der Republik, der Demokratie, in prägnanter Weise zum Ausdruck gebracht. Jeder Gerechte und Verständige, der diese Prinzipien untersucht, muss zugeben, dass der Islam ein republikanisches System im vollkommensten Sinne geschaffen und die noch heute von den Menschen zu lobende Demokratie in ihren Grundprinzipien bereits vor 1400 Jahren hervorgebracht hat.“

Der Traditionalismus – die guten alten Zeiten

Nicht alle Muslime sympathisierten mit der Gleichsetzung von Islam und Moderne. So fanden die sogenannten Traditionalisten in der Begegnung mit der modernen Welt eine andere Lösung. Für sie ist es wichtig, so viel wie möglich von dem zu bewahren, was die islamischen Gesellschaften vor der Begegnung mit dem Westen im 19. und 20. Jahrhundert ausgezeichnet hat. Dabei ist das Bild dieser „guten alten Zeiten und Gesellschaften“, das sie zeichnen, häufig ideologisch geschönt. Es stimmt oft nicht mit dem überein, was die historische Forschung über die tatsächlichen Lebensverhältnisse in diesen Zeiten und an diesen Orten herausgefunden hat.

Anhänger dieser Form des Traditionalismus ist beispielsweise der türkische Staatsislam. Im Gegensatz zu den

Modernisten ist nach dessen Meinung der Islam der breiten Masse, besonders auch der mystisch geprägte Islam der Sufis im Osmanischen Reich (dem Vorläufer der Türkischen Republik) bis ins 19. Jahrhundert überhaupt nicht reformbedürftig gewesen. Erst das Hereinbrechen der Moderne habe diese ideale islamische Gesellschaft deformiert. Die osmanische Epoche war keineswegs ein Abfall vom ursprünglichen Modell aus der Zeit des frühen Islam. Sie war für die Traditionalisten eine Blütezeit der islamischen Kultur. Die traditionelle islamische Gesellschaft sei immer so stark durch Koran und Sunna geprägt worden, dass in ihr die Menschenrechte – sprich: die Unantastbarkeit von Eigentum, Leben und Ehre – im Wesentlichen zu allen Zeiten gegolten hätten, längst bevor die westliche Welt sie entdeckt hätte. Lehre und Praxis des vormodernen Islam sei frei von Fehlern gewesen. Selbst wenn die muslimischen Türken im Osmanischen Reich fremde Länder dem Islam unterworfen hätten, sei dies nur in legitimer Verteidigung durch den Dschihad geschehen!

Auch die Frauenfrage habe der Islam richtig gelöst. In religiöser Hinsicht stelle der Islam die Frauen vollkommen gleich. In rechtlicher Hinsicht gäbe es Unterschiede, die durch die andere Natur der Frau jedoch gerechtfertigt seien. Aus Sicht der Religionsbehörde ist innerhalb der Ehe ein hierarchisches Verhältnis von Mann und Frau durch die Sunna vorgegeben und wird nicht in Frage gestellt. Wo die traditionellen Normen der Scharia (dem Grundgesetz des Islam) eingehalten würden, sei ein gerechtes Verhältnis der Geschlechter stets garantiert gewesen. Deshalb habe der Feminismus der europäischen Welt mit all seinen schädlichen Auswirkungen in der islamischen Welt gar nicht erst aufkommen können.

Antimodernistischer Salafismus – gegen Andersgläubige und Amerikaner

Auch die Salafisten, die in verschiedenen eigenen Gruppierungen wie den Wahhabiten und Muslimbrüdern orga-



Der islamische Modernismus erkannte die Bedeutung einer Bildungsreform der arabisch-asiatischen Welt, die alte und neue Werte vermitteln sollte. Heute unterstützen selbst traditionalistisch eingestellte Richtungen den Umgang mit neuen Medien. Foto: Tripolis/ Libanon, 1999, E. Lechner

nisiert sind (ich habe über sie in den PB 6/11 und 9/11 berichtet), berufen sich deutlich auf den Ursprung des Islam zu Zeiten Muhammads und seiner Prophetengenossen (arab.: as-salaf as-salih). Sie gehen allerdings wieder davon aus, dass die segensreichen Lehren aus dieser Zeit im Laufe der Jahrhunderte weitgehend verloren gegangen sind. Erst Ibn Taymiya, in dessen Tradition sie sich sehen, habe im 18. Jahrhundert dem wahren Islam wieder zum Durchbruch verholfen, sowohl gegen die Abirrungen anderer Muslime als auch gegen die Moderne. Dabei wenden sie sich vor allem in elitärer Form gegen den im Volk üblichen heidnischen Glauben an Geister (Dschinnen), sowie ihre Verehrung von Märtyrern und deren Heiligengräbern. Aber auch gegen jede Form von technischer Neuerung und die Erkenntnisse moderner Naturwissenschaft. Man kann ihre Richtung systematisch als islamischen Fundamentalismus bezeichnen, der sich in verschiedenen Gruppierungen bis heute immer wieder manifestiert.

Dass sie im konkreten Fall zu Kompromissen bereit sind, steht dazu nicht im Widerspruch. So wurde z.B. das Fernsehen von den wahhabitischen Gelehrten in Saudi-Arabien zunächst als Teufelswerk bekämpft, da es dem

islamischen Bilderverbot widersprach. Inzwischen hat aber die Staatsautorität erreicht, dass alle technischen Neuerungen bis hin zum Internet akzeptiert und eifrig selbst genutzt werden. Zu ihrer Überzeugung gehört es in diesem Zusammenhang, dass sie im Fall eines Konfliktes eher der Staatsmacht nachgeben und lieber vermeintliches Unrecht erdulden, als dass sie zu Aufruhr und Zwietracht neigen und damit die Gefahr einer islamischen Spaltung verursachen (zum Begriff der früh-arabischen „fitna“ vgl. PB 9/11). Im übrigen wird ihr Einfluss dadurch kaum untergraben, da die reichen saudischen Wahhabiten die Geldgeber der salafistischen Bewegung sind.

Auch die von mir bereits dargestellten Muslimbrüder (PB 6/11) gehören zu der salafistischen Richtung. Sie haben zu einer gewissen Ausweitung des intellektuellen Horizontes beigetragen und ein weltweites religiöses und soziales Netzwerk aufgebaut, das bis in die Diaspora in Europa reicht. Sie legen vor allem Wert darauf, dass die Individuen der Gesellschaft ihre Lebensweise dem salafistischen Islamverständnis anpassen, einer strikten und konservativen Auslegung des islamischen Rechts. Aus ihren Predigten und Schriften spricht oft eine deutliche Ablehnung von Nichtmuslimen und von Muslimen mit abweichender Auffassung. Das führt nicht selten zu Konflikten und Gewaltanwendung gegen beide Personengruppen. Schon in ihrer Kleidung und Bartracht unterstreichen sie ihre elitäre Haltung.

Heute ist die bekannteste Gruppe eines salafistischen Islamverständnisses



Die al-Azhar-Moschee in Kairo wurde schon Mitte des 19. Jahrhunderts unter Muhammed Abduh zum Zentrum einer islamischen Bewegung, die sich für die eigenen religiösen und politischen Werte in der modernen Welt einsetzte. Von weit her kommen auch heute noch Studenten hierher zum Studium. Foto: al-Azhar, Kairo, E. Lechner, 1991

das al-Qaida-Netzwerk. „Der Einfluss der unter diesem Etikett firmierenden Ideen ist aber mittlerweile weit über das salafistische Lager hinaus gewachsen, weil ihre Vertreter es verstanden haben, ihre Botschaften nicht auf das konservativ-salafistische Anliegen der Umsetzung eines bestimmten Verständnisses von islamischem Recht im Alltag muslimischer Gesellschaften zu konzentrieren. Stattdessen haben sie sich den propagandistischen Kampf gegen tatsächliche oder vermeintliche Unterdrückung der berechtigten Interessen von Muslimen in allen Teilen der Welt auf die Fahnen geschrieben. Sie verweisen auf das aus ihrer Sicht vom Westen, im Besonderen der Amerikanern verursachte Leid der Menschen in Palästina, Afghanistan oder Irak... wo antiamerikanische Lösungen Gehör finden, wie etwa in Lateinamerika... Dazu gehört auch die heftige Feindschaft al-Qaidas gegen die Schia (Schiiten, vgl. PB 9/11), deren Anhänger man für Ungläubige hält und zur Tötung frei gibt.“ (Lutz Berger, S. 148).

Ist der politische Islam gescheitert?

Der französische Politikwissenschaftler Olivier Roy sprach von einem solchen Scheitern Anfang der 90er Jahre. In den 60er Jahren des letzten Jahrhunderts gab es zahlreiche revolutionäre und nationale Versuche, islamische Staaten zu schaffen ohne die islamische Einheit zu gefährden. Sind diese Ziele gescheitert? Wenn man die Militärputsche in Algerien und Libyen betrachtet, das Ägypten nach Nasser, die Lage der Palästinenser zwischen

Arafat und der Hamas, den Irak unter Saddam Hussain vor und nach dem Einmarsch der Amerikaner, den Iran seit Khomeinis Herrschaft und die heutigen unbefriedigenden Zustände in vielen anderen arabischen Ländern rund um das Mittelmeer, auf der Arabischen Halbinsel bis nach Afghanistan und Indonesien – so mag die Antwort wohl eher negativ ausfallen.

Gewachsen ist auf der anderen Seite das Interesse bestimmter islamischer Gruppen an Themen der Demokratie und der Menschenrechte. Ob dies für eine gesamtislamische Perspektive dauerhaft gelten wird, bleibt abzuwarten. Positiv bleibt, so Lutz Berger Seite 159, zu vermerken: „Die propagandistische Arbeit der Vertreter des politischen Islam und die Reaktion der Regierungen auf diese Ideen und Bewegungen haben zu einer grundlegenden Veränderung des gesellschaftlichen Klimas in vielen Ländern der muslimischen Welt geführt. Regierungen sind den politischen Islamisten in Bereichen, die für die Machterhaltung relevant waren, z.B. in der Bildung und bei der Frauenfrage, vielfach entgegen gekommen. Als unpolitisch geltende islamische Einrichtungen wurden massiv gefördert ... Das bedeutet allerdings auch eine starke Reislamisierung sowohl in der öffentlichen als auch der privaten Sphäre. Die Religion als authentisches Produkt der eigenen Kultur, als Kern dessen, was man als kulturelles Erbe bezeichnet, ist heute unter den meisten Intellektuellen zum wichtigsten Bezugspunkt geworden.“

Edda Lechner, Norderstedt

Quelle: Lutz Berger, „Islamische Theologie“, UTB 3303. Khoury / Hagemann / Heine, „Islam-Lexikon“, Verlag Herder, 1991

Auseinandersetzung um Hijab an Hamburger Schule

Eine junge afghanisch-deutsche Aushilfslehrerin an einer Hamburger Stadtteilschule mit hohem Anteil migrantischer Kinder trägt eines Tages in diesem Sommer einen Hijab. Ein Hijab ist ein Tuch, das Kopf, Hals und Ausschnitt bedeckt, traditionell in ein bis zum Boden reichendes Gewand übergeht, in seinen moderneren Formen jedoch nicht zwangsläufig (siehe Bild). Einige Lehrer laufen Sturm und wenden sich an die Lokalpresse, die den Vorgang skandalisiert. Beschwerden von den Eltern gibt es nicht, die Presse findet lediglich zwei Eltern, die sich auf Befragen kritisch äußern. Der Elternratsvorsitzende legt Wert darauf, dass die fachliche Arbeit der Aushilfslehrerin nicht zu beanstanden sei. Die

Schülerinnen und Schüler verstehen die Aufregung nicht.

Der Vertrag der Lehrerin endet zum 31.10. Danach wird sie ihr Referendariat beginnen. Die Schulbehörde übt sich in Zurückhaltung und unterstützt eine einvernehmliche Lösung durch die Schule. Da der Staat das Ausbildungsmonopol für angehende Lehrer hat, hat die junge Frau das Recht, ihr Referendariat anzutreten. Die CDU bringt den Fall mit einem Antrag in die Bürgerschaft. Sie fordert den Senat auf, „darauf hinzuwirken, für den genannten Fall eine tragfähige, den Schulfrieden erhaltende Lösung zu finden und umzusetzen“, und wenn dies nicht gelinge, andere Schritte zu prüfen. Im Unterschied zu den meisten



International-Womens-Day-Toronto.jpg

anderen Bundesländern hat Hamburg bisher ein Kopftuch-Verbot gesetzlich nicht geregelt. In der Bürgerschaftsdebatte am 29. September spricht die CDU ein gesetzliches Verbot des Hijab als Möglichkeit an, die FDP will alle religiösen Symbole aus der Schule verbannen. Der SPD-Schulsenator verweist auf die Risiken der Debatte und beharrt darauf, dass es um einen Einzelfall geht. Die GAL-Fraktion hat sich nicht auf eine Position verständigen können, ihre jüngeren Abgeordneten sind für ein Hijab-Verbot, die älteren dagegen. Der Antrag der CDU wird nicht in einen Ausschuss überwiesen, die parlamentarische Auseinandersetzung ist damit vorerst beendet.

Wir dokumentieren die Rede von Christiane Schneider:

Der Antrag der CDU ist verhalten im Ton, er ist verklausuliert in den Schlussfolgerungen, aber er läuft, so fürchte ich, darauf hinaus, dass es ein Gebot der Erhaltung des Schulfriedens sei, dass der Hijab verschwindet, im konkreten Fall oder sonst durch gesetzliche Regelung.

Deshalb möchte ich festhalten:

Am Anfang dieser Auseinandersetzung um den Hijab stand keine Störung des Schulfriedens. Es gab und gibt keine Kritik am Verhalten oder an der pädagogischen und kommunikativen Kompetenz der afghanischen Aushilfslehrerin. Es gab keine Pflichtverletzung und keine Beeinträchtigung des Unterrichts. Es geht also nicht darum, die Wiederholung von Beeinträchtigungen des Unterrichts zu verhindern.

Die Beschwerde, die aus der Lehrerschaft kam, nicht von den SchülerInnen, nicht von den Eltern, wurde von einem Wortführer der Kritik im „Hamburger Abendblatt“ u.a. so formuliert: „Das Kopftuch vermittelt die Botschaft, dass die Frau eine untergeordnete Stellung hat.“ (HA 29.8.)

Es steht wohl außer Frage, dass das Kopftuch ein Mittel zur Unterdrückung der Frau und zur symbolischen Festigung einer traditionellen Rollenteilung zwischen den Geschlechtern sein kann. Wohl gemerkt: Sein KANN. Deshalb müssen alle Frauen und Mädchen Unterstützung finden, wenn sie gezwungen werden, ein Kopftuch oder Hijab zu tragen.

In diesem Fall ist es aber wohl völlig unstrittig, dass die Lehrerin den Hijab freiwillig trägt. Sie hat sich aus religiösen Gründen bewusst und in Freiheit für den Hijab entschieden. Er ist, nach allem, was bekannt ist, für sie Bestandteil ihres religiösen Selbstverständnisses. Ich weiß nicht, woher die Kritiker nehmen, dass damit die Botschaft vermittelt werde, dass die Frau eine untergeordnete Stellung hat. Dass ganz konkret die Lehrerin durch Tragen des Hijabs vermitteln will, dass sie eine inferiore Stellung einnimmt.

Eine solche Kritik, eine solche Aussage ist als allgemeine Aussage empirisch unhaltbar. Sie ist im Konkreten durch nichts gestützt. Sie ist anmaßend, weil sie die Deutungshoheit beansprucht und praktisch vorschreiben will, wie sich jemand – und hier konkret: wie sich die muslimische Frau zu kleiden und zu verhalten hat: Um akzeptiert zu werden, soll sie sich Kleidungsvorschriften beugen.

Die muslimische Lehrerin nimmt mit dem Tragen des Hijab ihr Recht auf Religionsfreiheit, ihr Recht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit, auf Selbstbestimmung, auf Freiheit zur Lebensgestaltung nach eigener Überzeugung wahr. Und nicht mehr. Jedenfalls solange sie nicht durch ihr konkretes Verhalten etwas anderes nahelegt. Allein auf ihr konkretes Verhalten kommt es an.

Das sage ich auch im Hinblick darauf, ob die Lehrerin die negative Religionsfreiheit der Schülerinnen und Schüler oder das Gebot der Neutralität verletzt.

Das wäre zweifellos der Fall, wenn sie die Schüler/innen anhalten würde, je-

den Morgen zu Allah zu beten. Und das wäre der Fall, wenn sie in irgendeiner Weise Druck ausüben würde, dass muslimische Mädchen Kopftuch zu tragen hätten. Das alles wird ihr aber nicht vorgeworfen.

Und die negative Religionsfreiheit bedeutet ja nicht das Recht, von religiösen Praktiken und Symbolen anderer Menschen verschont zu werden. Nicht in einer Gesellschaft, die unterschiedlichen Glaubensüberzeugungen Raum gibt. Die negative Religionsfreiheit bedeutet, dass kein Glaubenszwang angewandt werden darf.

Mir muss das religiöse Gebot, die religiöse Praktik nicht gefallen – und es gefallen mir viele religiöse Gebote und Praktiken nicht. Aber ob mir religiöse Gebote, Praktiken und Symbole gefallen oder nicht, ist völlig belanglos: Ich muss sie aushalten, und ich muss sie respektieren, solange sie nicht in meine Rechte und Freiheiten eingreifen. Also wieder: Es kommt auf das konkrete Verhalten an, und der Lehrerin wird nichts dergleichen vorgeworfen.

Die Linke bereitet sich auf den Parteiparteitag vor

Im Vorfeld des Parteiparteitages der Partei Die Linke vom 21.–23. Oktober in Erfurt, haben sich u.a. die Landesverbände NRW und Sachsen-Anhalt mit Leitanträgen und weiteren Anträgen an den Parteitag positioniert, in der verschiedene Politikstile zum Ausdruck kommen. So wird in den NRW-Anträgen ein relativ geschlossenes und kategorisches Weltbild vermittelt, mit Deutungen und Erklärungsversuchen noch in kleinste Verästelungen der Politik hinein. Hinzu kommt ein starkes Abgrenzungsbedürfnis gegenüber anderen Parteien und anderen Politikstilen, gerade so als würde die vorhandene und die gefühlte eigene Ausgrenzung kultiviert werden. Das wird besonders bei der Ablehnung eines öffentlich geförderten Beschäftigungssektors deutlich, die auch damit begründet wird, ein ÖBS würde in der Logik von Hartz-IV liegen. Als die WASG und später Die Linke entstand, war es ein Hauptmotiv, die starke Ablehnung gegen die unsoziale Ausgrenzungspolitik der damaligen rot-grünen Bundesregierung zum Ausdruck zu bringen, („Hartz-IV ist Armut per Gesetz“) und das staatliche Handeln durch Blockadepolitik zu fesseln. („Hartz-IV muss weg“). Das war berechtigt und hat auch eine Zeitlang ein Stück weit funktioniert, insbesondere während der großen Koalition, als die Partei Die Linke die Sozialdemokraten teilweise vor sich hertrieben konnte („LINKS wirkt“). Diese Politik hat aber ihre Grenzen, wirkt bei Änderungen der Rahmenbedingungen eben nicht mehr und verkennt die Chan-

So bleibt nur noch das Argument, die Kopftuch oder Hijab tragende Lehrerin verstärke die Tendenz, dass muslimische Schüler auf Schülerinnen Druck ausüben, Kopftuch zu tragen. Das gibt es, es gibt solche Erscheinungen, teilweise auch massiv, das ist unbenommen. Hier ist es eine Aufgabe auch und gerade der Schule, zur Achtung voreinander, zur Achtung des Selbstbestimmungsrechts eines jeden Menschen zu erziehen.

Dem wird nicht dadurch gedient, dass man an einer Lehrerin – oder an Lehrerinnen, wenn man das Kopftuch- bzw. Hijabverbot gesetzlich regelt – Exempel statuiert, um schlimme Erscheinungen zu bekämpfen, die die vom Verbot Betroffenen nicht zu verantworten haben.

Hier geht es letztlich um ein Berufsverbot von Frauen, von muslimischen Frauen, die aus Gründen ihres religiösen Selbstverständnisses ein Kopftuch tragen. Was das für die Emanzipation muslimischer Frauen bedeutet, kann sich jeder ausmalen.

cen, die in einer klugen parlamentarischen Arbeit liegen können. Denn in der Konsequenz dieser Blockadepolitik erscheint jegliche „Beteiligung“ am Staat bereits durch die Wahrnehmung politischer Mandate als verdächtig, wenn nicht sogar als „Verrat“ an der eigenen Sache. Zum Ausdruck kommt das in den sog. roten Haltelinien, die Mandatsträgern ein inhaltlich gebundenes Mandat vorschreiben sollen. Demgegenüber zeigt die Praxis der Regierungsbeteiligungen von PDS/Die Linke, dass es zwar Grenzen gibt, aber keinen schicksalhaften Automatismus zum sog. „Verrat“. Die Linke, bzw. Die Linken sind eben anders als Die Grünen.

Dieser Gesichtspunkt wird in dem Leitantrag der Sachsen-Anhaltiner gewürdigt, die aus den Optionen Protest und Realpolitik keine künstlichen Gegensätze aufbauen. Die Linke Sachsen-Anhalt versteht sich eher als „Impulsgeber“ denn als Avantgarde und will gesellschaftliche Veränderungen über die Verwirklichung individueller Freiheitsrechte erreichen. In diesem Zusammenhang ist die Begründung der Ablehnung des Stalinismus als System von Bedeutung. Sie verdeutlicht die Selbstverantwortung der linken Mitglieder für eine demokratische und pluralistische Parteientwicklung. Wir dokumentieren im Folgenden aus dem Leitantrag aus Sachsen-Anhalt die dazu passenden Passagen, mehr kann unter www.dielinke-sachsen-anhalt.de/ nachgelesen werden.

Thorsten Jannoff

Freiheit und Sozialismus

Die Linke Sachsen-Anhalt zum Programmwurf

...

Demokratie und Sozialismus

Die Linke Sachsen-Anhalt repräsentiert als ostdeutscher Landesverband in besonderem Maße einen Teil der Quellpartei PDS und damit unsere gebündelten politischen Erfahrungen vor und nach 1989. Unsere Erneuerung begann mit einem Zusammenbruch und mit einer Befreiung: Gewissheiten zerbrachen, Geschichtsschablonen und Denkvorgaben auch. Damit öffnete sich der Raum für neues Denken, für die Suche nach gesellschaftlichen Alternativen.

Die Sehnsucht nach einer solidarisches Gesellschaft – einem anderen Deutschland – entfaltet nach den Katastrophen des 20. Jahrhunderts, nach der Schwäche und Verfolgung der Linken, nach den beiden von Deutschland entfesselten Weltkriegen und der nationalsozialistischen Terrorherrschaft eine große inspirierende Kraft. Viele Genossinnen und Genossen sind mit dieser Sehnsucht aufgewachsen und wurden durch sie auch als politische Akteure in der DDR geleitet. Wir wissen heute, dass es ein engstirniges geschlossenes Gesellschaftsmodell war, das diese Versprechen korrumpierte. Seine Umsetzung sollte die Abwesenheit und die Geringschätzung von Grund- und Freiheitsrechten legitimieren. Wie Mehltau begrub der ideologische Dogmatismus unter sich Innovation, produktive Widersprüchlichkeit und geistige Freiheit – strukturell ebenso wie in den Denkstrukturen ihrer AkteurInnen. Es war ein System, das auf Ablehnung und Widerstand kritischer BürgerInnen mit Benachteiligung, Repression und auch Gewalt reagierte. Eine ideologische Orthodoxie, die strukturiert genug war, um als Orientierung anerkannt zu werden, sowie borniert genug war, um unter dem Führungsanspruch einer Partei-kaste – einem großen Mantel gleich – Willkür und Despotie zu verhüllen. Das ist Stalinismus als System. Nicht allein Diktatoren und ihr Psychogramm sind ausschlaggebend für die Verbrechen, Irrwege und Deformationen der kommunistischen Idee. Es sind auch Denkstrukturen des Einzelnen, die individuellen Handlungsräume und Entscheidungen, es sind die Legitimationen aus Lehrgebäuden, denen man das eigene Gewissen angepasst hat. Der Zwang in den sozialistischen Gesellschaften bedeutete auch den Zwang innerhalb der Arbeiterparteien. **Die Linke Sachsen-Anhalt begrüßt darum ausdrücklich, dass der Gründungskonsens der PDS in das Parteiprogramm der neuen Linken aufgenommen werden soll: „Wir brechen unwiderruflich mit dem Stalinismus als System.“ Die Linke ist nur**

denkbar als antistalinistische Partei.

Aus der Geschichte der Arbeiterbewegung, aus den „Extremen des 20. Jahrhunderts“ und den Erfahrungen der realsozialistischen Staaten heraus, hat die emanzipatorische Linke den Glauben an einen Geschichts determinismus verloren. Wir machen uns dabei keine Illusionen über die Wirkungsmächtigkeit des Alltags. Ein alternatives gesellschaftliches Projekt kann nur entstehen, wenn die Untauglichkeit des Alten offenbar ist. Wir können nicht voraussagen, an welcher Stelle gesellschaftliche Konflikte zu Sollbruchstellen werden. Wir wissen aber, dass wir als politische Akteurin nur akzeptiert werden, wenn wir die Unterschiedlichkeit der Perspektiven der Menschen akzeptieren und sinnhafte Angebote unterbreiten.

Gesellschaftlicher Alltag und politische Gestaltungskraft bringen naturgemäß Widersprüchlichkeiten hervor, offenbaren unterschiedliche, mitunter nicht ohne weiteres vereinbare Perspektiven, stellen neue Fragen an politische Konzepte und Positionen. Das ist Schwierigkeit und Herausforderung zugleich, denen man weder mit Ideologie, noch mit Ignoranz oder Rückzug aus dem politischen Alltag begegnen kann.

... Insbesondere die Einbeziehung der Ausgegrenzten, die Organisierung der gemeinsamen Artikulation derer, die anderenfalls über keine Möglichkeiten verfügen, sich in der politischen Öffentlichkeit noch Gehör zu verschaffen, schafft die Möglichkeit politischen Drucks und die Chance zu progressiver gesellschaftlicher Veränderung. Deshalb ist Die Linke eine Partei der demokratischen Erneuerung der Gesellschaft. Als solche muss sie einerseits eine radikale und kontinuierliche Öffnung zu den aus der Politik ausgegrenzten gesellschaftlichen Gruppen, mit den sozialen Bewegungen, organisieren und andererseits auch selbst Formen attraktiver demokratischer Partizipation entwickeln, die über die bisherigen Formen hinausreichen und Brücken zu vielen gesellschaftlichen Gruppen bauen können.

Veränderung beginnt jetzt – Mehrheiten überzeugen

Ziel linker Politik ist eine real spürbare Verbesserung im Leben von Menschen. Die Handlungsoptionen linker Politik sind dabei unterschiedlich in ihren Wirkungen und Konsequenzen, aber gleichwertig in ihren Potenzialen für einen solchen Umbauprozess. Dazu gehört für uns demokratischer Protest und Widerstand, in und außerhalb von Parlamenten. Dazu gehört auch die Übernahme von Gestaltungsverantwortung in Regierungen und Mandaten. Kompromisse sind in allen Handlungsfeldern für uns notwendige Formen der politischen Bewegung in einer Demokratie.

Überall – in allen politischen Handlungsfeldern, in- und außerhalb des Parlaments – gilt für uns: neben dem Protest gegen sozial ungerechte und ökologisch unverantwortliche politische Vorhaben einerseits und der Mitgestaltung pragmatischer Politik, entwickeln wir Konzepte, die über das bestehende System des Kapitalismus hinausgehen und setzen sie in realpolitische Pfade um.

Ein demokratischer und transparenter Diskurs innerhalb der Partei wie auch die Einbeziehung anderer gesellschaftlicher Akteurinnen und Akteure, Betroffener und anderer Partner in die Diskussion um Politik und ihre Alternativen ist für uns eines der wichtigsten Instrumente, mit dem wir alle diese Prozesse (selbst-)kritisch und konstruktiv begleiten wollen. Hier sehen wir ein wesentliches Instrument zur Entwicklung von innerparteilicher Demokratie und Stärkung der Verantwortung der Parteibasis und ihrer Gremien – gefördert durch politische Bildung, gut entwickelte Kommunikationsstrukturen, Transparenz und Öffentlichkeit. Ein offener, öffentlicher und kritischer – und ebenso demokratischer, sachlicher und fairer Diskurs gehört zu einer modernen Linken, stärkt die Demokratie und fördert das politische Interesse an linken Alternativen und an politischer Mitbestimmung insgesamt. **Deshalb begrüßen wir die Formulierungen im Programmwurf, die dieser Verantwortung und den dazugehörigen Prozessen und Diskursen einen gewichtigen Rang geben.**

Ein gesellschaftlicher Umbau, der die Strukturen, Logiken und Glaubenssätze des Kapitalismus überwindet, eine Transformation, die sich auf breite Mehrheiten stützt und gleichwohl Minderheitenrechte schützt, kann nur gelingen, wenn das Individuum zentraler Bezugspunkt des Politischen ist. Die Linke ist und bleibt eine demokratische Bürgerrechtspartei. Ohne die Garantie individueller Freiheitsrechte des Einzelnen kann ein Gemeinwohl auf Dauer nicht funktionieren. An unseren Visionen müssen alle teilhaben können. Nur mit dieser Orientierung kann ein neues Projekt gelingen. Die Linke versteht sich als lernende Partei, in der Transformationsprojekte angestoßen, entwickelt und verstanden werden. Sie steht damit nicht mehr unter dem Druck der Erwartung und der Selbstüberschätzung, Deuter unserer Zeit und der Zukunft sein zu müssen. Sie muss vielmehr den Diskurs unter den Mitgliedern ermöglichen, die SympathisantInnen einladen und auf die Gesellschaft ausstrahlen ...

(Der Leitantrag wurde bei 2 Gegenstimmen und wenigen Enthaltungen mehrheitlich beschlossen.)

Inhalt

Aktuelle Meldungen

2

22 Jahre Einheit – 17 Prozent Lohnunterschied • DGB-Wirtschaftsinstitut kritisiert Steuersenkungspolitik • Menschenrechtsdelegation berichtet aus der Türkei • Nato in Libyen: „So lange wie erforderlich“ ... „so bald wie möglich“

Piraten legen neues Schiff auf Kiel

4

Einige Forderungen der Piratenpartei • Die Ergebnisse der Abgeordnetenhauswahl in Berlin am 18. September 2011 – Wahlbericht und erste Analyse von Hoff/Kahrs

Eine Nachbetrachtung von außen

6

Auslandsnachrichten

8

China: Triumph-Arbeiterinnen im Streik gegen Arbeitshetze • Australien: Wieder Streik bei Toyota • Indien: Suzuki-Streik weitet sich aus • Georgien: Streik für Arbeitsrechte • Kasachstan: Massive Repression – Ölarbeiterstreik geht weiter • Uganda: Streik der Blumenarbeiter

Aktionen ... Initiativen

10

5. Demonstration „Freiheit statt Angst“ • Demonstration fordert Schließung des „Nationalen Zentrums“ • Bündnis fordert Absage des Afghanistan-Gipfels Petersberg II • Aktion gegen Rohstoffstrategie der EU • Gentechnik-Petition im Bundestag: Zulassungen stoppen! • Berliner Musikschulen in Gefahr • Bildungsproteste im Herbst • Abschaffung oder Senkung der Studiengebühren? • Flüchtlinge in Nordafrika: Jetzt muss Europa handeln! • Einzige Lösung: Neuansiedlung in einem Drittland

Der Kampf um die öffentlichen Sportbäder in Köln 12

Kommunale Politik

13

Wahlversprechen mit einem „Klax“ weggewischt: Hannover. • DGB und Die Linke vereinbaren Zusammenarbeit: Krefeld. • Ausgeweiteter Hannover-Aktiv-Pass überfällig! Hannover. • Minijobs wegen unzureichender Rente: Bochum. • Obdachlose: Geld für Vertreibung statt Unterstützung: Hamburg. • Fehlentscheidung Optionskommune: Essen. • Links wirkt: Sparkasse schafft Transparenz über Vorstandsvergütung: Köln. • Bundeswehrreform: Kiel braucht jetzt ein Konzept zur Konversion! • Appell an den Bund: Keine Steuersenkungen auf Kosten der Kommunen: Konstanz.

Verdi-Bundeskongress ohne große Kontroversen 15

Daimler Stuttgart: Betriebsrat erreicht Ergonomieoffensive in Montagen 16

Eine tickende gesellschaftliche Zeitbombe 16

Jugend-Aktionstag der IG Metall 17

Wirtschaftspresse 17

Din wa daula – Religion und Politik in der islamischen Theologie II 18

Auseinandersetzung um Hijab an Hamburger Schule 21

Die Linke bereitet sich auf den Parteiparteitag vor 22

Linke Sachsen-Anhalt: Freiheit und Sozialismus 23

Die Gegenwart des Arbeitskampfes – eine Wiederbelebung der jugoslawischen Arbeiterselbstverwaltung?

Buch von Pokret za slobodu (Bewegung für die Freiheit), Partner der Rosa-Luxemburg-Stiftung, über die Versuche von Arbeiter_innen, sich gegen die Privatisierung ihrer Produktionsstätten zu wehren.

Die Geschichte ist scheinbar einfach zu erzählen: sie beginnt mit dem ersten serbischen Privatisierungsgesetz von 1989. Um der damals drohenden Inflation zu begegnen, wurde es maßgeblich mitbestimmt und erlassen vom letzten Premierminister des jugoslawischen Staates. Das Gesetz sah vor, dass die Betriebsräte, höchste Entscheidungsgremien der Betriebe „in gesellschaftlichem Eigentum“, wie die Formel für die Besitzverhältnisse im jugoslawischen Selbstverwaltungssystem hieß, als letzte Instanz über die Privatisierung bestimmen.

Slobodan Milošević nutzte die ökonomische Krise der 1990er Jahre und annullierte das Gesetz kurzerhand. Mit Unterstützung der sich damals in der Opposition befindlichen, jetzt regierenden Demokratischen Partei wurde 1995 ein neues Gesetz erlassen, welches die Möglichkeit der Arbeiter_innen, Aktien ihres eigenen Unternehmens zu erwerben, stark einschränkte.

Ein zweites Privatisierungsgesetz von 1997 schrieb diese Entwicklung fest. Dreißig Prozent der Aktien eines Unternehmens gehen an den Staat, die restlichen siebenzig teilen sich in 35 Prozent für externe und 35 Prozent für interne Investoren.

2001, nach dem Sturz Miloševićs, wurde das Privatisierungsgesetz erneut nivelliert. Jetzt konnten 70 Prozent an private Investoren gehen und lediglich der Rest wurde der Belegschaft zum Kauf angeboten. Die Realität hinter den Zahlen: die Belegschaft rutscht ans Ende der potenziell Kaufinteressierten und das ehemalige Recht auf Mitbestimmung der Arbeiter_innen ging mit dieser Rechnung gänzlich verloren. Für die meisten Betriebe und ihre Angestellten hieß das Ausverkauf, Bankrott, Arbeitslosigkeit. Für den Staat: Privatisierung abgeschlossen – Geschichte zu Ende.

Aber es gibt Menschen, die dafür kämpfen, dass die Geschichte weiter geht und anders erzählt werden kann. Davon handelt das nun vorliegende Buch „Deindustrialisierung und Arbeiterwiderstand – Kämpfe und Initiativen zum Erhalt von Arbeitsplätzen während der Transition“, herausgege-

ben von der serbischen NGO Pokret za Slobodu (Bewegung für die Freiheit).

Das Buch zeichnet die Protestbewegungen seit den 2000er Jahren der einzelnen Betriebsbelegschaften und deren Unterstützer nach. Es werden sieben Beispiele untersucht, in denen die Belegschaften in unterschiedlicher Art und Weise die komplette Privatisierung zu verhindern und ihren jeweiligen Betrieb sowie die Arbeitsplätze zu erhalten versuchten. Eine Zäsur innerhalb des Protestes vollzog sich laut Ivan Zlatić von Pokret za slobodu im Jahr 2009. Zlatić – der auch Mitarbeiter der Antikorruptionsbehörde der serbischen Regierung ist – stellt einen Wechsel von der zunächst allgemeinen Akzeptanz des Gesetzes hin zu der Erkenntnis fest, dass das Interesse der Belegschaften wieder mehr in den Vordergrund rücken und die neoliberale Kapitalisierung gestoppt werden muss. Als erfolgreichstes Modell gelungenen Widerstandes gilt dabei Jugoremedija – ein Arzneimittelhersteller in Zrenjanin (Nordserbien). Der Belegschaft gelang es nach einem langen Arbeitskampf, den Betrieb mit einer Form von Belegschaftsaktien in den Händen der Beschäftigten zu behalten.

Die Texte sind einerseits Mitschriften von Interviews mit den Protagonisten der Proteste (so unter anderem mit Zdravko Deurić, der von der Belegschaft Jugoremedijas gewählte Direktor und Vorsitzende des Verwaltungsrates von über 4000 Kleinaktionären), sowie Einschätzungen von Beobachtern (u.a. von Nebojša Popov, bekannter Soziologe und Herausgeber der Zeitschrift „Republika“). Es gibt Beschreibungen der Proteste der einzelnen Firmen, Mitteilungen der Belegschaften aus den einzelnen Phasen des Protestes und weitere Dokumente. Das birgt einerseits einige Redundanzen in sich, wirkt aber andererseits authentisch. So ist man etwas erschlagen von den 372 Seiten eng gefassten Textes.

Für alle, die nicht der jugoslawischen Sprache mächtig sind, ist die englische Summary eine gute Zusammenfassung.

Das Buch kann im Netz unter <http://pokret.net/deindustrijalizacija.pdf> heruntergeladen werden.

(Rezension: Dorit Riethmüller, RLS Berlin, www.rosalux.rs/de)

Die nächste Ausgabe der Politischen Berichte erscheint am 4. November 2011.

Redaktionsschluss: Freitag, 28. Oktober.

Artikelvorschläge und Absprachen über pb@gnn-verlage.de.

Die nächsten Erscheinungstermine:

jeweils donnerstags: 1. Dezember, 12. Januar 2012, 9. Februar.